

SOLIDARITÄT MIT DEN KÄMPFENDEN VÖLKERN!



PAME
All Workers Militant Front

**MAKE YOUR RAGE
A POWER FOR THE
ORGANIZATION OF
COUNTERATTACK AND
THE OVERTHROW**

STRIKE
on October 19
Omonoia Sq 11 a.m.





Liebe Genossin, lieber Genosse,

zwei Tage nach dem Mord an dem libyschen Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi verkündete Rasmussen, Oberhaupt des terroristischen Netzwerks NATO: "Ich bin sehr stolz auf das, was wir erreicht haben" (spiegel.de). Fürwahr, welch Triumph der Barbarei: Unter Nutzung der von der libyschen Bevölkerung als „Ratten“ bezeichneten Nato-Contras¹ gelang es der NATO vorerst, ein wohlhabendes Land mit einer für Afrika beispielhaften sozialen Sicherheit zu zerstören und Zigtausende Tote zu hinterlassen (cubadebate.cu). Das libysche Volk muss nun mit seinen Auslandsermögen, welche zuvor als angeblich veruntreute Gelder Gaddafis „eingefroren“ (also geraubt) wurden, für die ihm zugefügten Kriegsschäden geradestehen. Die bislang zum Großteil nationalisierten Ressourcen Öl und Grundwasser werden in Kürze der Ausplünderung durch internationale Konzerne zur Verfügung stehen.

KI AKTUELL	S. 3
WIDERSTAND	S. 5
SCHWERPUNKT GRIECHENLAND	S. 6
KAPITALISMUS	S. 14
IMPERIALISTISCHER KRIEG	S. 17
ANTIREVISIONISMUS	S. 19
SOLIDARITÄT	S. 20
BILDUNG	S. 22
LITERATUREMPFEHLUNG	S. 23

So entsetzlich die Ereignisse in Libyen auch waren (vgl. ab S. 17), so sind sie doch Alltag in einem System, das für den Profit weniger über die Leichen vieler geht. Und seit dem Tage nach Gaddafis Ermordung zeichnen sich bereits neue Anläufe dahingehend ab, weitere Staaten und damit Ressourcen der Region unter imperialistische Kontrolle zu bringen. In diesen Tagen ist erneut Syrien Zielscheibe von Desinformation: Pausenlos werden in den Mainstream-Medien die Regierung angeklagt und Forderungen der syrischen „Opposition“ nach einem imperialistischen Eingreifen wie in Libyen zelebriert (s. [\[schau.de\]\(http://schau.de\)\). Und Bilder der machtvollen Demonstration einer Million Menschen zur Unterstützung Assads in Lattakia \(s. \[sana.sy\]\(http://sana.sy\)\) werden zwar in den ARD-Nachrichten gebracht – aber als Bilder in einem Bericht über Proteste gegen die Regierung! So am 29.10. \(20 Uhr\).](http://tages-</p></div><div data-bbox=)

Auch trommelt seit nunmehr Wochen die US-Regierung mit härtesten Vorwürfen gegen ein angebliches Mordkomplott durch den Iran in den USA (sueddeutsche.de). Zwar ist die Qualität der Anschuldigungen die einer Räuberpistole und Irans Präsident stellte zu Recht mit Blick auf die USA fest: "Die Kultur des Terrorismus gehört euch" (zeit.de). Dennoch soll die US-Desinformationspropaganda als Vorwand für eine weitere imperialistische Aggression dienen.

Neben offenem und vorbereitetem Bombenterror werden die aktuellen Geschehnisse bestimmt durch heftige Auseinandersetzungen in den Staaten der EU, aber auch in den USA. Vorrangig ist es das griechische Volk, das mit machtvollen Aktionen in Europa für Aufsehen sorgt, so mit dem Generalstreik vom 19./20. Oktober (vgl. <http://inter.kke.gr/>) anlässlich der volksfeindlichen Parlamentsbeschlüsse vom 20.10. (dw-world.de). Die entscheidende Rolle zum Gelingen der Streiks lag eindeutig bei PAME und KKE, deren Fahnen das Straßenbild Athens bestimmten. Für uns in der BRD beschämend ist hingegen der Umstand, dass die DKP ihrer „Bruderpartei“ gleich mehrfach in den Rücken fiel. So relativierte sie die Rolle der griechischen Kommunisten deutlich. Mit „(Sie) spielen wie andere linke Organisationen für die Proteste eine wesentliche Rolle“ (Erklärung 21.10.) wird die Tür offen gehalten in Richtung der griechischen Agentenorganisationen² Syriza und Dimar. Oder wie sonst ist zu verstehen, dass die DKP ausgerechnet am 19.10.(!) auf ihrer Seite www.kommunisten.de eine revisionistische Kritik an den „Thesen über den Sozialismus“ der KKE platziert? Mehr zur DKP folgt in Kürze an anderer Stelle. Ein Schwerpunkt zu den Ereignissen in Griechenland folgt ab Seite 6.

Ach ja, die BRD: „Ein Sozialismus, der Mauern bräuchte für seine Existenz, ist mit uns nicht zu machen.“ So Klaus Ernst am 23.10. auf dem Programm-Parteitag von DIE LINKE in Erfurt (TV-Sender Phönix). Unter völliger Verkehrung von Ursache und Wirkung wurde in der Programmierung hin zum „demokratischen Sozialismus“ hier Populismus betrieben, der nichts anderes darstellt als eine Anbiederung an die Anti-DDR-Hetze der „offiziellen“ BRD. Unter Berufung auf Traditionen versuchte Ernst allen Ernstes, Arbeiterbewegung, Pariser Commune und Rosa Luxemburg mit DIE LINKE in Verbindung zu bringen, ohne Konsequenzen aus den Niederlagen der Commune und des November 1918 – von der durch ihn abgelehnten DDR ganz zu schweigen – zu ziehen. Dieser Rückfall hinter die Erfahrungen der Geschichte ist nur vordergründig eine romantische Idea-

lisierung politischen Handelns, vielmehr ist er eine Absage an tatsächliche Veränderung und somit ein reformistisches Feigenblatt. Und die von Rosa Luxemburg begeisterte Gesine Löttsch, die „der festen Überzeugung (ist), dass uns keine Macht der Welt an der Umsetzung dieses Programms hindern kann“ (die-linke.de), hat offenbar Rosas Ende „vergessen“ (- und auch dasjenige Karl Liebnechts und Ernst Thälmanns, die beide aus der „Tradition“ der LINKE entschwunden scheinen). Denken wir immer daran: Eine siegreiche Arbeiterklasse, die ihre errungene politische Macht nicht verteidigen kann, hat nicht gesiegt.

1) Vgl. *Abou Hassan und Michael Opperskalski: „Stunde Null“ im Nahen Osten?* (in: *Geheim* Nr. 1/2011)

2) Vgl. die Einschätzung von G Marinos, ZK der KKE, auf dem 12. Internationalen Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien (in: *Offensiv* 2/2011, S. 32ff.) und den „Brief der KKE an die europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien“ der Internationalen Abteilung des ZK der KKE (in: *Offensiv* 2/2011, S. 83ff.)

Demo-Fotos S. 1:

StrikeRallyOfPAMEInAthens

t-online.de/schuldenkrise-spart-sich-portugal-zu-tode

**SOLIDARITÄT
MIT DEN KÄMPFENDEN VÖLKERN!
Stefan und Martin**

KI AKTUELL

EINHEIT NR.4 IM DRUCK



Die EINHEIT NR.4 befindet sich im Druck! Sie kann ab sofort vorbestellt werden unter kontakt@kommunistische-initiative.de

VORWÄRTS ZUR SCHAFFUNG DER KI-NORD-WEST

Im Rahmen der kontinuierlichen Entwicklung der Kommunistischen Initiative Deutschlands (KI) seit unserer II. Perspektivkonferenz im Februar 2011 sind zum Herbst 2011 die Grundlagen zum planmäßigen Aufbau unserer Organisation auch im Nord-Westen der BRD herangereift.

In den BRD-Bundesländern Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein bestanden schon in Zeiten der mühevollen und hart gegen Vereinnahmungsversuche revisionistischer Zirkel erkämpften Anfänge der Kommunistische Initiative vereinzelte Gruppen, damals noch kaum organisierter Sympathisanten und Förderer.

Die Geschichte dieser Gruppen war, wie jedem aufmerksamem Beobachter ihrer Erfolge und Rückschläge bewusst werden musste, noch nicht geprägt vom Potential zum Aufbau einer flächendeckenden und wirklich vorwärts weisenden organisatorischen Erfassung der nordwestlichen Gebiete Deutschlands.

Ihre Tätigkeit war trotz des hoch einzuschätzenden Engagements einzelner aufrechter Genossen eine Tätigkeit an der Peripherie der KI, und konnte aus verschiedenen organisatorischen und politisch-ideologischen Schwächen heraus nicht mehr sein.

Seit dem hat unsere junge Organisation ernsthafte Fortschritte gemacht und befindet sich auf dem Weg der Schaffung diszipliniert voran schreitender Stützpunkte in weitesten Teilen unserer Heimat, ausgerüstet mit noch sehr wenigen, aber der Sache der Arbeiterklasse treu ergebenden Kadern, die neue Fortschritte auch im Nord-Westen möglich machen.

Am Anfang dieses Weges steht die Sammlung und Zusammenfassung aller Genossen und Sympathisanten die unterschiedlich eng mit unserer Organisation verbunden, in und mit der Kommunistischen Initiative Nord-West von der ersten Stunde an den Weg zur einheitlichen Regionalorganisation beschreiten, mitplanen und mitgestalten wollen.

In vollem Bewusstsein um die Positionen auf denen wir heute stehen; den Positionen auf denen Genosse Lenin stand, bei der Schaffung des Petersburger Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse nach Jahren der unumschränkten Herrschaft des Opportunismus der II. Internationale in der Arbeiterbewegung. Ganz zu Beginn der großen Prozesse, die Lenin als "Embryonalphase" der Partei beschrieb. In vollem Bewusstsein aber auch über die unabwendbare Wirksamkeit der ökonomisch-historischen Kräfte die uns Marxisten-Leninisten sicher um den notwendigen Sieg des Proletariats und seiner revolutionären Diktatur und damit des Sozialismus wissen lassen.

Jeder einzelne Genosse der für die Vereinigung der wissenschaftlichen Weltanschauung von Marx, Engels, Lenin und Stalin mit den Kämpfen der Arbeiterklasse heute in unsere Reihen tritt, ist aktiver Baumeister einer hoffnungsvollen Zukunft für unser Volk, so klein die Arbeit die er allein oder die gesamte Organisation zu Beginn zu leisten im Stande sind, ihm für sich genommen auch erscheinen mag. Denn beide handeln in Kenntnis und Übereinstimmung mit den geschichtlichen Notwendigkeiten unserer Zeit, was immer uns der Klassenfeind und seine Agenten auch an Galle vor die Füße spucken, deren ganzes Bild von der Welt, vom Menschen und seiner Geschichte eine volle Gesellschaftsformation hinter den Erkenntnissen unserer immer jungen Wissenschaft zurück steht, die die Welt notwendig revolutionieren wird, wenn sie die Massen ergrift.

Die Schaffung der KI-Nord-West bedeutet konkret das Einleiten einer Reihe von Prozessen an deren

STRAßENAKTION IN DRESDEN

Bei unserer heutigen (22.10.2011)dreieinhalb stündigen Straßenaktion verbreiteten wir auch unsere Zeitung der Kommunistischen Initiative, die "EINHEIT". Unsere Veranstaltung "Krise, Krieg, Widerstand" am 09.11.2011 ist uns sehr wichtig. Wir warben dafür auch wieder mit unseren Flugblättern. Bisher sind 1100 Flugblätter verteilt worden. Sehr herzlich danken wir unseren beiden Helfern, die nicht Mitglieder der KI sind, aber unsere Sache als ihre ansehen und uns auf der Straße halfen. Sehr herzliche und liebe Grüße gehen auf diesem Wege an unseren Genossen von der Partei der Arbeit der Schweiz, der in Dresden unterwegs war um "Architektur und Denkmäler der DDR" zu erforschen. Wir konnten ihm auf der Straße schon einiges sagen und liefern weiteres Material in den nächsten Tagen.

Hans-Jürgen Westphal

Ende die einheitliche Regionalorganisation für die BRD-Bundesländer Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein stehen soll:

- Konsequente Sammlung aller zur Unterstützung und Mitarbeit in diesen Anfängen bereiten Genossen und Sympathisanten.
- Offensive Verfolgung der Wege in Wohngebiete, Betriebe, Schulen, Universitäten und antifaschistisch-antiimperialistische Strukturen bei gleichzeitiger Pflege einer eng mit diesen Aufgaben verbundenen Jugendarbeit.
- Schließlich nicht weniger auch die Entfaltung breiter Netzwerke der gegenseitigen Zusammenarbeit und Solidarität mit allen aufrechten demokratischen und antifaschistischen Kräften.
- Das Setzen einer realistischen Zielsetzung, Strategie und Taktik, beständig in schonungsloser Kritik und Selbstkritik überprüft an den Ergebnissen der praktischen Arbeit und sich verändernder oder durch uns besser verstandener Rahmenbedingungen.

Unser gemeinsamer Kampf wird dem Treiben des BRD-Imperialismus Grenzen setzen und ihn schließlich überwinden.

Vorwärts zur Schaffung der KI-Nord-West!

Kontakt:

e-mail: nord-west@kommunistische-initiative.de

Briefpost zur Zeit noch über die zentrale Adresse: W. Franke, Postfach 270324, 50509 Köln



QUELLE:

<http://www.sachsen.kommunistische-initiative.de/>
[Zum Flyer der Veranstaltung](#)

WIDERSTAND

AUFRUF ZUR TEILNAHME AN DER DEMO IM RAHMEN DER LIEBKNECHT-LUXEMBURG-EHRUNG AM 15.01.2012

- Obwohl wir nicht alle Positionen dieses Aufrufs teilen, veröffentlichen wir diesen, da wir damit zur breiten Mobilisierung für die LLL-Demo beitragen möchten. -

Wie auch bereits 2011 unterstützt die KI die LLL-Demo am 15.01.2012. Wieder werden wir mit einem eigenen Block in Berlin sein.

Komm auch – demonstriere mit uns für KLARHEIT – EINHEIT – SOZIALISMUS!

Aus dem Zuchthaus Luckau schrieb Karl Liebknecht am 18. März 1917 an seinen Sohn: "Der Krieg und



die vielen Mängel der Welt plagen und bekümmern Dich - jawohl - sie müssen jedes Gemüt umdüstern; aber aus der Nacht gibt's Rettung, nur eine Rettung freilich: den Entschluss, die Beseitigung dieser Übel sich zum Lebenszweck zu setzen. Nur das Leben ist unmöglich, das alles laufen lassen wollte, wie es läuft. Nur das ist möglich, das sich selbst zu opfern bereit ist, zu opfern für die Allgemeinheit." Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg blieben da noch 21 Monate Lebenszeit.

Am 15. Januar 1919 wurden sie von der Reaktion ermordet. Ihrem selbstgewählten Anspruch blieben sie treu bis in den Tod. Für diese unbedingte Lauterkeit ihres Charakters, die Konsequenz ihres Handelns und die unbestechliche Klarheit ihres Denkens hatten sich Rosa und Karl den Hass des sich damals wie heute der Profitmaximierung verpflichteten Systems zugezogen.

So wie sie wollen auch wir nicht einfach alles laufen lassen, wie es läuft. Wir demonstrieren gegen imperialistische Kriege und alle aggressiven Bestrebungen der EU und der NATO. Wir demonstrieren gegen jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr ebenso, wie gegen jede Art indirekter deutscher Kriegsbeteiligung und gegen die horrenden Rüstungsausgaben und mörderischen Rüstungsexporte.

Unsere Sympathie gilt allen Bestrebungen, den US-amerikanischen Hegemonieanspruch einzudämmen.

Mit Hoffnung blicken wir auf die revolutionären Bewegungen Lateinamerikas und das sozialistische Kuba. Unsere ausdrückliche Solidarität gehört dem palästinensischen Volk und der israelischen Friedensbewegung. Wir wenden uns gegen alle neokolonialistischen Machenschaften - exemplarisch die dreiste und blutige NATO-Aggression gegen Libyen. Wir sind solidarisch mit all jenen Kräften, die sich schon seit Jahrzehnten für eine tatsächliche Unabhängigkeit des afrikanischen Kontinents von neokolonialen und neoliberalen Ausbeutungsstrukturen einsetzen.

Wir demonstrieren gegen wachsende Arbeitslosigkeit, gegen die unerträgliche Ausweitung des Niedriglohnssektors und besonders gegen die moderne Sklaverei der Leiharbeit. Wir demonstrieren gegen den grassierenden Sozialabbau und die damit einhergehende Entwürdigung von Millionen Menschen. Wir stellen uns gegen die unverschämten Beschränkungen bürgerlicher Freiheitsrechte unter der Flagge der Terrorbekämpfung.

Wir wehren uns gegen die stetig aggressiver agierenden Nazis und dagegen, dass diese in völliger Legalität mit profaschistischen Slogans Wahlkampf führen dürfen. "GAS geben", hieß es bei der NPD; zynisch die Erinnerung an die Shoa suggerierend. "Wählen gehen für Thilos Thesen" plakatierte die 'Bürgerbewegung' "Pro Deutschland". Dieser Slogan steht - ob der es will oder nicht - für Sarrazin und die ihn puscheden Medien und somit für millionenfach veröffentlichten Rassismus, Nationalismus und Sozialchauvinismus. Wir demonstrieren gegen jeglichen Rassismus, gegen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Nationalismus. Dem Antifaschismus, der internationalen Solidarität und dem Humanismus fühlen wir uns unbedingt verpflichtet.

Wir - Linke unterschiedlicher Strömungen - werden am 15. Januar 2012 friedlich unsere Standpunkte und Forderungen bekunden. Wir rufen zu einem breiten Bündnis auf.

15.01.2012, 10.00 UHR VOM U-BHF. FRANKFURTER TOR ZUR GEDENKSTÄTTE DER SOZIALISTEN IN FRIEDRICHSFELDE

QUELLE: ll-demo.de/2012/aufruf/frame.html

ROTE HILFE: Aussageverweigerung!



ROTE HILFE E.V.
ONLINE

Um den Repressionsorganen des Staates keinen Einblick in die eigenen Strukturen zu gewähren und sich selbst und andere vor Repression zu schützen, galt in der Linken lange Zeit strömungsübergreifend das »Anna und Arthur halten's Maul«-Prinzip.

Seit einigen Jahren aber nehmen wir als Rote Hilfe zur Kenntnis, dass viele Menschen bei der Polizei Aussagen machen, um entweder ihre eigene »Unschuld« zu beweisen oder weil sie eingeschüchtert sind. Auch bei der Staatsanwaltschaft wird geredet, vor Gerichten werden Zeugenaussagen gemacht ... Gefördert wird ein solches Verhalten von Gruppen die einen »kreativen Umgang mit Polizei und Justiz« propagieren und damit von Repression Betroffenen das Gefühl vermitteln, die Polizei mit harmlosen Aus-

sagen im Verhör »austricksen« zu können. Aber: Es gibt keine »harmlosen« Aussagen!

Jede Äußerung hilft der Polizei bei ihren Ermittlungen, entweder gegen dich oder gegen andere. Scheinbar »entlastende« Aussagen können entweder andere belasten, oder der Polizei Tipps geben, nach weiteren Beweisen gegen dich zu suchen oder sie zu erfinden.

Deshalb: Bei Polizei und Staatsanwaltschaft konsequente Aussageverweigerung! [...]

hier herunterladen als PDF-Broschüre:
[rote-hilfe.de bitte-sagen-sie-jetzt-nichts](http://rote-hilfe.de/bitte-sagen-sie-jetzt-nichts)

HOME PAGE: <http://www.rote-hilfe.de/>

SCHWERPUNKT: PROTESTE IN GRIECHENLAND ÜBERWÄLTIGENDES MENSCHENMEER

bei der großartigen Streikkundgebung der PAME in Athen und in weiteren 71 Städten



Einem einzigartigen Menschenmeer von mehreren Hunderttausend Demonstranten glich die überwältigende Streikkundgebung der PAME in Athen am 19. Oktober, dem ersten Tag des zweitägigen landesweiten Generalstreiks. Alle Athener Hauptstraßen waren mehrere Stunden lang dicht gefüllt von riesigen Menschenmengen. Es war die größte Kundgebung, die Athen in den letzten Jahrzehnten erlebt hat.

Solche Kundgebungen, einmalig in der Größe und in der Dynamik fanden auch in allen Städten im ganzen Land statt

Diese Kräfte bündelten sich auf der Linie der Forderungen: Ablehnung des Gesetzesentwurfes mit den neuen volksfeindlichen Maßnahmen, nieder mit der Regierung und den Parteien der Plutokratie, grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses, Organi-

sation und Bündnis der Arbeiter und des gesamten Volkes für die Macht. Das Motto, das die Kundgebung beherrschte, war:

Ohne dich Arbeiter steht alles still! Arbeiter, du schaffst das ohne Bosse! Ungehorsam gegenüber der Plutokratie, Front für die Macht!

Ausdruck des enormen Streikerfolgs war die Lahmlegung zahlreicher Betriebe, großer Produktionsstätten und anderer Arbeitsstätten durch Arbeiter und Angestellte, die Armut, Verelendung und Arbeitslosigkeit am eigenen Leib erfahren. Ausdruck des Ausmaßes war auch die Schließung unzähliger Kleinläden und Kleinbetriebe, die vor der endgültigen Geschäftsaufgabe stehen. Viele arbeitende Menschen beteiligten sich zum ersten Mal an einem Streik und verließen dem Kampf gegen die Barbarei der Maßnahmen der Regierung, der Plutokratie, des IWF und der EU eine besondere Dynamik.

Seit dem Tagesausbruch unterstützten Kräfte der PAME mit Streikposten und Menschenketten den Schritt der Arbeiter und Angestellten, zum ersten Mal in "Ghetto"-Betrieben zu streiken, trotz der Einschüchterungsversuche der Arbeitgeber, trotz der zivilen Mobilmachung, die die Regierung gegen die streikenden Arbeiter der städtischen Müllabfuhr verhängt hat.

Die Gruppen von Provokateuren, die aus den Blöcken der Kompromissgewerkschaftsverbände GSEE und ADEDY heraus sprangen, versuchten ein weiteres Mal Krawallszenen zu liefern. Sie haben es aber nicht geschafft, das Ausmaß und die Forderungen der riesigen Streikkundgebung der PAME zu überschatten, in der sich kein einziger Zwischenfall ereignete.

Von der Tribüne der PAME-Streikkundgebung betonte das Mitglied des PAME-Exekutivkomitees **Giorgos Perros**: "Es gibt keine volksfreundliche PASOK. Es gibt keine volksfreundliche Regierung, egal wie sie sich nennt, 'Mitte-Links' oder 'links', wenn sie nicht den Monopolen die Stirn anbietet, wenn sie den Sturz der Monopole oder in anderen Worten deren Vergesellschaftung in ihrem Programm nicht beinhaltet. Entweder ist man auf der Seite des Volkes oder auf der Seite der Monopole. Entweder Arbeiter- und Volksmacht oder Macht der Monopole. Es gibt keinen anderen Weg! Wir dürfen keine Zeit verlieren! Alle gemeinsam zur Gegenoffensive! Beteiligt euch mor-

gen an der Umkreisung des Parlaments durch die PAME, von allen Seiten, aus allen Straßen."

Vorgänge in den bürgerlichen Parteien, um die Wut des Volkes einzudämmen

Der überwältigende Erfolg des ersten Streiktages übt Druck auf die Parteien und auf die Regierung der Plutokratie aus. Zur Zeit verzeichnet man eine Intensivierung von Umgestaltungsprozessen des politischen Systems durch PASOK und Nea Dimokratia und die anderen bürgerlichen Parteien, von Szenarien einer "großen Regierungskoalition PASOK-ND", vom Versuch, einen Konsens für die Durchsetzung der volksfeindlichen Maßnahmen zu erzielen, gegen den reißenden Strom der Streikenden in Athen und in anderen Städten.

Diese Vorgänge kommentierte die **Generalsekretärin des ZK der KPG Aleka Papariga**: „Herr Papandreou erwartet wohl nicht unsere Toleranz und unseren Konsens. Vielleicht aus Gründen der öffentlichen Wirksamkeit im Ausland trifft er sich mit den Parteien, um zu zeigen, dass er ihre Unterstützung hat. Von uns hat er keine Unterstützung. Was er von uns bekommt, ist eine radikale, gänzliche, substantielle und wirkliche Konfrontation."

Nach ihrem Treffen mit dem Premierminister, der alle Parteispitzen zu Informationsgesprächen eingeladen hatte, erklärte Aleka Papariga: "Von jetzt an wird alles vom **mächtigen Volk wortwörtlich bestimmt** und nicht von den Verhandlungen der Regierung, von Beratungen und Sitzungen mit den anderen Parteien." Aleka Papariga rief das Volk auf, ohne Angst und ohne Illusionen nach vorne zu ziehen, bis zum endgültigen Sieg und betonte: "Es gibt eine einzige Lösung: Der Reichtum in diesem Land soll Volkseigentum werden. Griechenland soll sich von der EU loslassen und die Schuld soll einseitig gestrichen werden. Es gibt keine Zwischenlösung."

Alle klassenbewussten Kräfte sammeln sich für den zweiten Streikkampftag am Donnerstag und bereiten sich auf die Umkreisung des Parlaments vor. Das wird eine neue Etappe des Kampfes gegen die arbeiterfeindlichen Maßnahmen sein, in der Auseinandersetzung mit den Monopolen und ihrer Macht.

19.10.11, Abt. Intern. Beziehungen des ZK der KKE

Quelle:

de.kke.gr/news/news2011/2011-10-191meraapergia/

MITTEILUNG DES PRESSEBÜROS DES ZK DER KKE

zu dem organisierten mörderischen Angriff gegen die Massendemonstration von PAME in Syntagma und dem Tod des Gewerkschaftlers der PAME Dimitris Kotzaridis

Organisierte Gruppen im Sonderauftrag und anarchofaschistoide Elemente griffen mit Molotow-Bomben, Reizgas, Blendgranaten und Steinen die

überwältigende Kundgebung der Arbeiter und des Volkes auf dem Syntagma-Platz an und versuchten, sie aufzulösen. Besonders betroffen war das Areal,

auf das sich die Demonstranten der PAME standen. Folge dieses Angriffs war der Tod des 53-jährigen PAME-Gewerkschafters Dimitris Kotzaridis, Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft im Athener Stadtteil Vyronas. Dutzende Demonstranten der PAME wurden verletzt.



Der Hass der Vermummten gegen die Arbeiter- und Volksbewegung und gegen die PAME ist ein Ausdruck der Feindseligkeit der Kräfte, die dem System und der bürgerlichen Herrschaft dienen. Die Regierung trägt eine große Schuld. Der Versuch der Einschüchterung, der Verleumdung und der Repression der Arbeiter- und Volksbewegung kommt aus staatlichen Struk-

turen, aus verschiedenen Zentren und Diensten heraus. Das beweist uns die Vergangenheit, das beweist der heutige barbarische und mörderische Angriff. Die Vermummten, die Anarchoautonomen, Faschistoide oder wie sie alle heißen, übernahmen die Erledigung eines Auftrags, den die Repressionskräfte, die Erpressungen und Drohungen nicht zu Ende ausführten, nämlich das Volk so zu terrorisieren, dass es sich unterwirft. Objektiv wird geschlussfolgert, dass es die gleichen Kreise waren, die den provokatorischen Brandanschlag auf die Marfin-Bank ausgeübt haben, am Tage der Parlamentsabstimmung über das Memorandum am 5. Mai 2010.

MÖRDERISCHER ANGRIFF

Die Volks- und Arbeiterbewegung hat die Kraft, den provokatorischen Mechanismen des bürgerlichen Systems entgegenzutreten

Der mörderische Angriff von anarchistisch-faschistischen Gruppen auf die überwältigende Kundgebung der klassenbewussten Gewerkschaften, die sich in der PAME zusammengeschlossen haben, gegen die neuen volksfeindlichen Maßnahmen der Regierung, ist um die ganze Welt gegangen. Dennoch gab es viele Versuche der bürgerlichen Massenmedien, die Fakten zu verdrehen. [...]

Bestimmte internationale bürgerliche Medien versuchten die Fakten als eine Auseinandersetzung zwischen zwei ideologisch-politischen Strömungen der Volksbewegung darzustellen. Eine solche Herangehensweise hat mit der Realität nichts zu tun. In Griechenland ist es bekannt, dass diese vermummten Gruppen in Schwarz sich unter dem Vorwand des „Anarchismus“ organisieren. Sie rekrutieren sich aus den Kräften des bürgerlichen Systems. In diesen Gruppen trifft man organisierte Fußball-Hooligans, Schläger von dubiosen Nachtlokalen, Mitglieder neonazistischer Organisationen und Kräfte der staatlichen Sicherheitsdienste. In der jüngsten Vergangen-

heit gibt es viele Beweise (Fotos, Videos), die die Verbindungen dieser Gruppen mit den Mechanismen des Systems belegen. Es geht um Gruppen von Mördern, die dem bürgerlichen System dienen und überhaupt nichts mit der Volksbewegung zu tun haben. Sie werden vom System selbst losgeschickt, um Provokationen zu organisieren (wie den Brandanschlag auf die Bank am 5.5.2010, bei dem 3 Angestellte ums Leben kamen). Sie liefern somit den Sicherheitskräften den Vorwand, damit sie mit ihrer ganzen Ausrüstung die Niederschlagung der Massenaktionen des Volkes.

Sie haben ihr Ziel, die PAME-Kundgebung aufzulösen, verfehlt. Genauso misslingen sollen die Pläne der Regierung, der Staatsapparate, der Parteien der Plutokratie, die Gegenoffensive der Arbeiter- und Volksmassen niederzuschlagen, die während des 2-tägigen Streiks die Straßen füllten. Die KKE bringt ihre Trauer zum Ausdruck und drückt ihr Beileid gegenüber der Familie von Dimitris Kotzaridis aus, der im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes gefallen ist. Die KKE solidarisiert sich mit den Verletzten, mit allen die die Arbeiter- und Volkskundgebung vor den provokatorischen Gruppen verteidigt haben.

Sie ruft das Volk auf, sich noch entschiedener aufzurichten, den Weg mit der KKE gemeinsam zu gehen, sich jetzt in den Gewerkschaften, der PAME und den anderen Organisationen zusammenzuschließen, die konsequent die volksfeindliche Politik und die Herrschaft der Monopole bekämpfen. Das ist die Gegenkraft, die den Parteien der Plutokratie, der EU und des IWF Furcht einflößt. Das ist die Kraft des Volkes, um den barbarischen Maßnahmen, der Gewalt und dem Terror jeden Repressionsapparates die Stirn zu bieten. Das Volk kann die volksfeindliche Politik und Herrschaft stürzen.

ATHEN, 20.11.2011

Quelle: <http://de.kke.gr/news>

siehe auch: kommunistische-initiative.de



Noch gefährlicher und sehr dreist ist die Unterstellung, die verschiedene internationale und nationale bürgerliche Medien sowie Medien von opportunistischen Kräften wiedergegeben haben, dass die PAME das Parlament in Schutz genommen hätte. Mit diesem Vorwurf versucht man die PAME als Stütze des bürgerlichen Systems und die KKE als eine „systemische Kraft“, als Partei des bürgerlichen Systems darzustellen. Diese Verleumdung kommt aus den glei-

chen Kräften hervor, die die „spontane“ Bewegung verherrlichen und sie der organisierten klassenbewussten Arbeiterbewegung gegenüberstellen. Es sind die gleichen Kräfte, die die Revolution und den Volksaufstand in den brennenden Müllcontainern und in den zerstörten Schaufenstern sehen, und nicht im organisierten politischen Kampf der Arbeiterbewegung. Diese Bewegung, verwurzelt in den Betrieben, in den anderen Arbeitsstätten, in den Arbeiterwohnvierteln wird die bürgerliche Herrschaft in Frage stellen und zur Auseinandersetzung mit den imperialistischen Organisationen der NATO und der EU und zur Errichtung der Volksmacht führen. Die KKE und die PAME brauchen keine Zeugnisse für ihren Kampfgeist, die die bürgerlichen Medien den verummten Provokateuren und den anarcho-faschistischen Gruppen ausstellen.

Unsere Geschichte und unser Wirken werden von Hunderttausenden arbeitenden Menschen geschätzt, die an den Volksaktionen teilnehmen, die Millionen der Arbeiter und Angestellten, die den konsequenten Kampf der Partei, die Standfestigkeit ihrer Ziele für den Sturz der kapitalistischen Barbarei und die Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder vor Ort kennen. Diese Unterstellung über den angeblichen „Schutz des Parlaments vor den Aufständischen“ verschleiert die Wahrheit, dass die PAME durch die Ordner ihre Demonstration geschützt und ihre Auflösung verhindert hat. [...]

QUELLE: <http://de.kke.gr/news/news2011/2011-10-21-murderous-attack-info/>

PROVOKATEURE UNTER FALSCHER FLAGGE

*Provokateure auf griechischen Protestveranstaltungen – das ist nicht neu.
Unter den folgenden Bilddokumenten findet sich auch ein bereits im Juni entstandenes Video:*

OKTOBER 2011 - Greek Cops Caught on Video Posing as Anarchists:

http://www.youtube.com/watch?v=SBKyV-SaHHPA&feature=player_embedded

JUNI 2011 - GREEK POLICE DRESSED UP LIKE ANARCHIST

<http://www.youtube.com/watch?v=M6LJutKsF4&feature=related>



Bilder der KKE:

<https://picasaweb.google.com/101959523373579315851>

Fotoserie Spiegel, Oktober 2011:

<http://www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-74233.html>

(daraus die folgenden Bilder - Provokateure/ Faschisten/ Nützliche Idioten der EU: Brandsätze und Steine auf kommunistische Gewerkschafter)



KI-GRUßADRESSE AN DIE GEWERKSCHAFT PAME

ΠΑΜΕ / Π.Α.Μ.Ε. = Πανεργατικό Αγώνιστικό Μέτωπο
All Workers Militant Front (PAME) | Member of the World Federation of Trade Unions (WFTU) Att.: Secretariat

5b, Ag.Filotheis str., 10556 Athens Greece

Tel. (+30) 210.3301842, 210.3301847, 210.3833786
Fax +30 210.3802864
international@pamehellas.gr

Geehrte Genossen!

Das Exekutivkomitee und die Mitglieder der Kommunistischen Initiative (KI) in Deutschland übermitteln dem Exekutiv-Sekretariat der PAME und allen kämpferischen Gewerkschaftern in Griechenland solidarische Grüße und versichern Euch die volle Unterstützung der KI bei ihrem harten Kampf gegen die sozialreaktionäre und arbeiterfeindliche Politik der griechischen Regierung.

Die Mitglieder der PAME stehen in der ersten Reihe der Verteidiger der sozialen und politischen Rechte der Werktätigen gegen die Versuche des Kapitals und der Regierung, im Interesse der Banken und Monopole den Volksmassen immer größere und immer unerträglichere Lasten aufzubürden.

Mit großem Mut und unerschütterlicher Einsatzbereitschaft kämpft die PAME als konsequenteste gewerkschaftliche Kraft in Griechenland gegen die reaktionäre Allianz von in- und ausländischem Finanz- und Monopolkapital, die immer rücksichtsloser den Abbau der sozialen, politischen und gewerkschaftlichen der arbeitenden Klassen vorantreibt.

Mit ihrem Widerstand hat die PAME den besonderen Hass der Ausbeuter und ihrer Helfershelfer auf sich gezogen. Das spiegelt sich nicht nur in den politischen Angriffen auf die PAME wider, auch vor offener Gewalt wird nicht zurückgeschreckt, wie der organisierte Überfall reaktionärer Gruppen am 20. Oktober auf die Kundgebung der PAME in Athen zeigte, den der Gewerkschafter Dimitris Kotzaridis mit seinem Leben bezahlte.

Die Kommunistische Initiative verurteilt den feigen und brutalen Angriff von Provokateuren auf die demonstrierenden PAME-Mitglieder auf das Schärfste und übermittelt den Angehörigen und Freunden von Dimitris Kotzaridis unser aufrichtiges Mitgefühl.

Die Kommunistische Initiative steht fest an der Seite der PAME und die um ihre Rechte ringenden Volksmassen in Griechenland. Ihr Kampf ist gerecht und in seiner Klarheit und Konsequenz Vorbild für alle vom Kapitalismus ausgebeuteten und unterdrückten Menschen in Europa und in der Welt.

In solidarischer, militanter Verbundenheit

Exekutivkomitee (EK) der KOMMUNISTISCHEN INITIATIVE (KI)

– Internationale Abteilung, 24.10.2011



KI-GRUßADRESSE AN DIE KKE, KP GRIECHENLANDS

To
Communist Party of Greece
Central Committee – International Department
145 Leof. Irakliou
GR 142 31 Nea Ionia-Athens
Tel: (+30) 210 2592111
Fax: (+30) 210 2592298
e-mail: cpg@int.kke.gr
e-mail: cpg.kke@gmail.com
web: <http://inter.kke.gr>



Liebe Genossen!

Das Exekutivkomitee und die Mitglieder der Kommunistischen Initiative (KI) in Deutschland übermitteln dem Zentralkomitee und Mitgliedern der Kommunistischen Partei Griechenlands herzliche und solidarische Kampfesgrüße!

Wir, die Kommunistische Initiative, sind ein Zusammenschluss von organisierten und nichtorganisierten Kommunisten, deren Ziel es ist, die Spaltung der kommunistischen Bewegung in Deutschland zu überwinden und langfristig eine einheitliche Partei auf der Grundlage des Marxismus Leninismus zu schaffen. Mit besonderem Interesse verfolgen wir die Politik und den aktuellen Kampf der griechischen Kommunisten der KKE gegen die barbarischen sozialreaktionären Maßnahmen der Regierung Griechenland, mit der über die alltägliche kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung hinaus die Folgen der vom Kapital selbst verursachten Krisen auf unerträgliche Weise auf die Werktätigen abgewälzt werden.

Die KKE steht als konsequenteste Kraft der griechischen Arbeiterklasse an der Spitze der berechtigten und notwendigen Klassenkämpfe zur Abwehr der Angriffe des in- ausländischen Finanz- und Monopolkapitals auf die sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Werktätigen.

Mit Freude stellen wir fest, dass in den politisch-ideologischen Grundsatzfragen eine große Übereinstimmung zwischen den von der KKE und der Kommunistischen Initiative vertretenen Auffassungen besteht. Dazu gehören die Überzeugungen, dass der Marxismus-Leninismus als wissenschaftliche Basis und der konsequente Kampf gegen alle Erscheinungen des Revisionismus zu den unverzichtbaren Grundlagen einer wahrhaftigen kommunistischen Partei gehören. In diesem Zusammenhang sehen wir auch die kürzlich von der KKE getroffenen Entscheidungen zur Rehabilitierung der Genossen Nikolaos Zachariadis und Aris Velouchiotis nicht nur als bedeutsam für die KKE selbst an, sondern auch als ein wichtiges Signal für die gesamte kommunistische Weltbewegung.



Die Genossen der KKE, die Mitglieder der Gewerkschaft PAME, die Werktätigen Griechenlands stehen derzeit in einem harten Kampf gegen die sogenannten Sparmaßnahmen der griechischen Regierung, die ihrem Inhalt nach nichts anderes sind als die auf die Spitze getriebene Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben und die rücksichtslose Aufbürdung der Krisenfolgen auf die Schultern der Werktätigen. Die KKE und die PAME, die in diesem Kampf eine führende Rolle einnehmen, sind dabei zur besonderen Zielscheibe des Hasses des Kapitals und der in seinem Auftrag handelnden Regierung geworden. Über die politische Hetze hinaus scheuen die reaktionären Kräfte nicht vor gewaltsamen Akten gegen die Mitglieder der KKE und der PAME zurück. Die Kommunistische Initiative verurteilt mit aller Entschiedenheit den offenkundig geplanten brutalen Überfall gewissenloser Provokateure auf die von der PAME geführte Demonstration am 20. Oktober in Athen. Wir fühlen mit den Angehörigen und Freunden des PAME-Gewerkschafters Dimitris Kotzaridis, der den gewaltsamen Angriffen der reaktionären Schlägertrupps zum Opfer fiel. Das Ziel dieses Überfalls ist klar: Die Kampffront der Werktätigen soll gespalten und ihre konsequentesten Vertreter, die KKE und PAME, diskreditiert werden. Nichts fürchtet die Klasse der Ausbeuter mehr, als das Bündnis einer konsequent handelnden kommunistischen Partei mit der Arbeiterklasse.

Wir sind davon überzeugt, dass die KKE und das griechische werktätige Volk den Versuchen des Kapitals und seiner Helfershelfer, den Widerstand der Volksmassen zu brechen und niederzuschlagen, den gemeinsamen konsequenten Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung entgegensetzen werden. Die Kommunistische Initiative in Deutschland steht fest an der Seite der kämpfenden griechischen Arbeiterklasse und ihrer führenden Partei, der Kommunistischen Partei Griechenlands. Uns einen die gleichen Ansichten, die gleichen Ziel und der Kampf gegen den gleichen Feind: Das kapitalistische System, den barbarischen Imperialismus!

Mit kommunistischen Grüßen im Geist des proletarischen Internationalismus!

Exekutivkomitee (EK) der KOMMUNISTISCHEN INITIATIVE (KI)
-- Internationale Abteilung, 24.10.2011

OMEN EINER GRIECHISCHEN TRAGÖDIE: KAPITALISMUS, KRANKHEIT UND TOD

Wie die britische Medizinzeitschrift *The Lancet* berichtet, haben die Kürzungen der staatlichen Gesundheitsausgaben in Griechenland zusammen mit der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten schon heute zu einem besorgniserregenden Rückschritt bei den Gesundheitsindikatoren geführt.

Der Mangel an Mitteln wird noch verschlimmert durch einen Ansturm auf die öffentlichen Gesundheitsdienste, welcher darauf zurückgeht, dass viele Griechen ihre Ansprüche auf Deckung aus privatrechtlichen Systemen verloren haben. Zwischen 2009 und 2010 stieg die Zahl der Spitalbehandlungen des staatlichen Systems um 24 Prozent und im ersten Halbjahr 2011 nochmals um 8 Prozent. Die offiziell gemessene Arbeitslosigkeit Griechenlands liegt über 16 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit um die 40 Prozent. Für die öffentliche Gesundheit stellen Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut selbstverständlich grosse Risiken dar.

In den überlasteten Spitälern bilden sich Warteschlangen, welche den Kranken die Konsultation der Gesundheitsdienste erschweren und auch demotivierend wirken. Auch wo ein Arzt- oder Zahnarztbesuch ratsam wäre, verzichteten viele. Die Streichung von Spritzenaustausch-Programmen für Heroinabhängige haben innert Jahresfrist zu einer Verdoppelung der HIV-Fälle in dieser Gruppe geführt, die in der gleichen Zeitspanne um 20 Prozent gewachsen ist.

Alarmierend ist auch die Zunahme der Selbstmorde. Zwischen 2007 und 2009 wurde eine Zunahme um 17 Prozent verzeichnet. Im Jahr 2010 stieg die Zahl nochmals um 25 Prozent. Im ersten Halbjahr 2011 stieg die Zahl der Selbstmorde im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode wiederum um 40 Prozent an! Die persönliche Überschuldung scheint einer der Schlüsselfaktoren, die diese Entwicklung bestimmen.

Da vielen Griechen auch der Zugang zu präventiven Diensten verwehrt oder erschwert wird, sind zusätzliche negative Auswirkungen auf die Gesundheitskosten zu erwarten.

(14.10.2011/mh) - Quelle: *The Lancet*: [Health effects of financial crisis - omens of a Greek tragedy](#) (10.10.2011)

Quelle:

http://kommunisten.ch/index.php?article_id=1052

DIE FOLGEN DES SPARDIKTATS

GERMAN-FOREIGN-POLICY.COM

Informationen zur deutschen Außenpolitik : Nachrichten + Interviews + Analysen + Hintergrund

Mit anhaltendem Protest reagiert die griechische Bevölkerung auf die erneuten exzessiven Spardiktate der EU. Wie es in Medienberichten heißt, gibt sich die sogenannte Troika aus EU, EZB und IWF, die die von Berlin und Brüssel erzwungenen Athener Kürzungsprogramme überprüfen soll, nicht damit zufrieden, dass die griechische Regierung die Entlassung Zehntausender Staatsbediensteter in Aussicht gestellt hat, und fordert von Athen weiterreichende Schritte. Dabei macht das Land bereits jetzt einen sozialen Kahl Schlag noch nie dagewesenen Ausmaßes durch: Während die Wirtschaft in den kompletten Ruin treibt, erreicht die Arbeitslosigkeit neue Rekordhöhen; die Renten wurden bislang um rund ein Fünftel, die Einkünfte der im europäischen Vergleich schlecht bezahlten staatlichen Angestellten auf durchschnittlich 60 bis 70 Prozent gekürzt. Neu eingestellte junge Erwachsene müssen mit einem Bruttolohn von rund 600 Euro im Monat auskommen. Dabei wird die deutsche Rolle beim Ausweiden des Staates in Griechenland genau registriert. Jüngster Coup ist der Vorschlag einer Beratungsgesellschaft aus der Bundesrepublik, dem zufolge Griechenland sein Staatsvermögen an die EU verkaufen soll - zwecks Weitergabe an private Interessenten unter Brüsseler Regie.

Verheerende Folgen

Die desaströse Entwicklung hat Griechenland erfasst, seit das Land im April 2010 unter den europäischen "Rettungsschirm" - Volumen: 110 Milliarden Euro - schlüpfte. Damit sollte das überschuldete Land vor der drohenden Zahlungsunfähigkeit gerettet werden. Zu diesem Zeitpunkt betrug die Verschuldung Griechenlands 330 Milliarden Euro; das entsprach fast 150 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 235 Milliarden Euro Ende 2009. Das später für Ende 2009 festgestellte Haushaltsdefizit lag bei 15,6 Prozent. Als Gegenleistung für die Milliardenkredite handelten die Gläubiger von EU, IWF und EZB ein drastisches Sparprogramm aus, das den Abbau staatlicher Leistungen, Privatisierungen, Lohn- und Rentensenkungen sowie massive Verbrauchssteuererhöhungen vorsah. Damit gelang es der Regierung Papandreou, das Haushaltsdefizit innerhalb eines Jahres auf 10,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu senken - bei gleichzeitig verheerenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft Griechenlands.

Arbeitslosigkeit, Bankrotte, Armut

Allein im Jahr 2010 schrumpfte das griechische BIP um 4,5 Prozent, bis zum zweiten Jahresdrittel 2011 um weitere 7,5 Prozent, während die Verschuldung des Landes bis März 2011 bereits auf über 340 Milliarden Euro wuchs.[1] Die Arbeitslosigkeit, die Ende 2009 etwa 9,6 Prozent betrug, ist auf 16,3 Prozent gestiegen; unter den 15- bis 29-Jährigen ist sogar fast jeder Dritte erwerbslos. Bis zum Jahresende sollen nun bis zu 30.000 Staatsbedienstete entlassen werden. Tausende meist kleiner Betriebe sind bereits bankrott, ein Ende der Rezession ist nicht abzusehen. Den im europäischen Vergleich schlecht bezahlten staatlichen Angestellten wurden ihre Bezüge im Schnitt um 30 bis 40 Prozent gekürzt, sämtliche Rentner des Landes mussten Einschnitte in Höhe von etwa 20 Prozent hinnehmen. Branchentarifverträge dürfen mittlerweile unterlaufen werden, die absolute Untergrenze von etwa 740 Euro Bruttolohn für eine Vollzeitstelle gilt für neu eingestellte junge Erwachsene unter 25 Jahren nicht mehr. Sie müssen mit knapp 600 Euro im Monat auskommen - brutto. Die von den Gläubigern geforderte "Flexibilisierung" bei Löhnen und Arbeitsbedingungen beginnt sich durchzusetzen. So wurden im ersten erfolgreich privatisierten Staatsunternehmen, der von der Deutschen Telekom übernommenen Telefongesellschaft OTE, die Löhne bei gleichzeitiger Verringerung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden um elf Prozent gesenkt - unter der Drohung, bei Widerstand 5.000 Angestellte zu kündigen.[2]

Widerstand

Alle Maßnahmen wurden gegen massiven Widerstand der Betroffenen durchgesetzt. Diese wehrten sich mit insgesamt sieben eintägigen Generalstreiks 2010 sowie drei eintägigen und einem zweitägigen Generalstreik in diesem Jahr - bei hoher Beteiligung der Angestellten im öffentlichen Dienst und aus den großen Unternehmen. Ein nächster Generalstreik - der zwölfte seit dem Beginn der Streichungsprogramme - ist für den 19. Oktober angesetzt. Dazwischen gab es unzählige, teilweise mehrere Tage oder Wochen lang geführte Streiks in einzelnen Branchen und Betrieben - so viele, dass längst ein Streikkalender im Internet darüber informiert, welche Gruppen von Erwerbstätigen gerade im Ausstand sind. Von Mai 2011 bis zur Sommerpause im August demonstrierten darüber hinaus regelmäßig fast jeden Abend

Tausende, darunter keineswegs nur gewerkschaftlich organisierte Menschen, direkt vor dem griechischen Parlament. Aus dem anfänglich eher trotzigem Widerstand gegen die als ungerecht empfundenen Einschnitte ist für viele dabei längst ein Kampf um den eigenen bescheidenen Lebensstandard geworden, wenn nicht sogar ein Kampf gegen den nackten Hunger. Davon zeugen auch neue Formen des Widerstandes. So wird kollektiv die Zahlung zahlreicher Sondersteuern verweigert, selbst wenn dies gravierende Folgen haben kann: Personen etwa, die die jüngst eingeführte, heftig umstrittene Abgabe auf Eigentumswohnungen verweigern, die zusammen mit der Stromrechnung bezahlt werden muss, laufen Gefahr, dass ihnen der Strom abgestellt wird. Generell beantwortet die Regierung den wachsenden Widerstand gegen ihre Politik mit zunehmender Repression. Wochenlange Streiks der Seeleute und der Lastwagenfahrer wurden mit dem Zwangsinstrument der Dienstverpflichtung beendet. Bei Massendemonstrationen geht die Polizei mittlerweile geradezu gezielt gegen friedliche Demonstranten vor und setzt beim geringsten Anlass flächendeckend Tränengasgranaten ein.

Die deutsche Führungsrolle

Als treibende Kraft hinter all diesen Maßnahmen macht die Bevölkerung weniger die eigene Regierung

als vielmehr die Gläubigertroika aus EU, IWF und EZB aus - und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland. Dabei spielen die von deutschen Medien bedienten Ressentiments von den angeblich faulen, betrügerischen Südländern [3] und ihre griechische Erwidern mit der Darstellung von Hakenkreuzen auf Siegessäulen, von Kanzlerin Merkel in SS-Uniform oder die Bezeichnung von EU-Kontrollleuten als "Gauleiter" nur vordergründig eine Rolle. Besonders für ältere Griechen ist es unerträglich, wenn ein Staat, unter dessen Rechtsvorgänger sie während des Zweiten Weltkriegs unsägliche Leiden durchmachen mussten, sich nun zum Befehlsgeber über die eigenen nationalen Belange aufschwingt. Schwerer aber wiegt die tatsächliche wirtschaftliche und politische Führungsrolle Deutschlands innerhalb der EU, aufgrund deren die deutschen Interessen bei der angeblichen "Rettung Griechenlands" im Vordergrund stehen. [...]

[1] s. dazu [Steil abwärts](#)

[2] s. dazu [Die Widersprüche der Krise](#)

[3] s. dazu [Bilanz der Nationalismus-Party](#)

QUELLE UND GANZER ARTIKEL:

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58165>

KAPITALISMUS

Ihr entsetzt euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben, es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslo-

sigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt.

Ihr werft uns mit einem Worte vor, daß wir euer Eigentum aufheben wollen. Allerdings, das wollen wir.

[Karl Marx, Friedrich Engels - Manifest der Kommunistischen Partei](#)

PCP ZU DEN BESCHLÜSSEN DER JÜNGSTEN EU-GIPFEL

Pressemitteilung des Sekretariats des Zentralkomitees der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP): Über die Beschlüsse der jüngsten Gipfeltreffen der Europäischen Union

1 – Die in den Sitzungen des EU-Rates und an den Gipfeltreffen der Euro-Zone getroffenen Entscheide bestätigen eine Richtung zur Steigerung der Ausbeutung der Werktätigen und der Völker, zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals unter Um-



verteilung kolossaler öffentlicher Vermögen an die Monopole und besonders

den Finanzsektor, zur Verschärfung einer Intervention kolonialen Typs in die wirtschaftlich zerbrechlichen und abhängigen Länder wie Portugal.

2 – Die Beschlüsse dieser Gipfeltreffen, die Art und Weise, wie sie zustande kamen, die direkte Beteiligung des IWF, der repräsentativen Strukturen des Finanzkapitals in den Diskussionen und ihre Möglichkeit, Entscheide, die von Regierungen souveräner Staaten getroffen werden müssten, zu blockieren oder an Bedingungen zu knüpfen, bestätigen, welches Hauptziel die Diskussionen verfolgten: die Interessen der Banken und des grossen Finanzkapitals

unter den Bedingungen des vollständigen Bankrotts der bisherigen Politiken und Massnahmen zur sogenannten Krisenbekämpfung zu retten.

Das milliarden schwere und skandalöse Programm zur "Rekapitalisierung des Bankensystems", das konstruiert wird, um die gigantischen Profite des Finanzkapitals fortgesetzt zu alimentieren, nebst den beschlossenen neuen Modalitäten zur Stärkung und "Optimierung" des Europäischen Fonds zur Finanzstabilisierung (EFSF) bedeuten im Wesentlichen eine Umverteilung, auf direktem und indirektem Weg, von kolossalen Beträgen öffentlicher Gelder an die Banken.

Auf diese Weise kompensieren sich eventuelle "Verluste", die aus dem vorhersehbaren "Schnitt" der griechischen Schulden und aus den Löchern resultieren, welche die Finanzspekulation geöffnet hat, deren Anreize in dem Masse erhalten bleiben, wie die "Rückendeckung" für das Finanzkapitals bei seinen spekulativen Manövern mit den Staatsschulden verschiedener Länder wie Italien gestärkt wird.

3 – Die Portugiesische Kommunistische Partei (PCP) macht auf die Intensivierung der Orientierungen aufmerksam, die zur Arbeitslosigkeit, zur Rezession der

Wirtschaft, zur Zerstörung der produktiven Kapazitäten, zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten führen und einen Prozess einleiten, der den Werktätigen und den Völkern Europas willkürlich die Kosten einer Krise überwälzen will, an der sie keinerlei Verantwortung trifft und deren Hauptopfer sie sind.

Besonders schwerwiegend sind die Massnahmen, die zum Zweck der Beschleunigung und Vertiefung der sogenannten "Strukturreformen" (will heissen Angriffe auf Arbeiterrechte, Heraufsetzung des Rentenalters, Privatisierung von Betrieben, Service public und sozialen Aufgaben des Staates. Kürzung von Löhnen und Sozialleistungen) beschlossen wurden. Sie bilden nicht kalkulierbare soziale Rückfälle und führen zu äusserst schwierigen wirtschaftlichen Problemen. Es sind Massnahmen, von denen das Leben mit schrittweise aufeinanderfolgenden Austeritätspaketen gezeigt hat, dass sie nicht nur die Lebensbedingungen der Völker zerstören, sondern auch die Krise selbst vertiefen, die sie zu lösen behaupten. Dies beweist die Realität in Portugal. [...]

Quelle und ganzer Text:

kommunisten.ch/index.php?article_id=1062

ANGST UND HUNGER IM "MUSTERLAND": SPART SICH PORTUGAL ZU TODE?

António Marques, Präsident des Wohlfahrtsverbandes Caritas in Porto, erzählt: "Die Zahl der Familien, die uns aufsuchen, um Lebensmittel wie Milch, Reis oder Nudel zu bekommen, wächst unaufhörlich". Zwischen Januar und August sei diese Zahl von 300 auf über 500 Familien angestiegen. Und das, obwohl der stolze Portugiese nur in letzter Instanz um Hilfe bittet.

"Auf dem Lande helfen wir uns gegenseitig, legen dem notleidenden Nachbar ein paar Brote und Milch vor die Tür", sagt Rentnerin Rita in der Gemeinde Idanha-a-Nova. Während die Jungen und die nicht ganz so jungen Portugiesen in nie dagewesenen Scharen auswandern, ist die Lage der Älteren besorgniserregend. Die Hälfte der 55- bis 64-Jährigen

ist nach amtlichen Zahlen ohne Arbeit, 80 Prozent der Rentner haben weniger als 800 Euro im Monat zur Verfügung.

Die Zahl der akzeptierten Insolvenzanträge von Firmen stieg im ersten Quartal im Vergleich zu den ersten drei Monaten des Vorjahres um 60 Prozent auf 2195 Fälle. Die Zahl der verkauften Leichtfahrzeuge gab in den ersten acht Monaten drastisch um 22,5 Prozent nach. Im Baubereich fielen die Investitionen im ersten Halbjahr um 8,2 Prozent, 70.000 Arbeiter wurden vor die Tür gesetzt. [...]

Quelle: wirtschaft.t-online.de/schuldenkrise

ZUM INTERNATIONALEN TAG FÜR DIE BESEITIGUNG DER ARMUT

Im Jahre 1992 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 17. Oktober zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut.

An ihrer 55. Generalversammlung verabschiedete die UNO-Generalversammlung mit der so genannte Millenniums-Erklärung im Jahre 2000 eine Reihe von Entwicklungszielen. Auf dem Gebiet der Bekämpfung von Hunger und Armut wurde das verpflichtende Ziel gestellt, bis zum Jahr 2015 den Anteil der Menschen,

die Hunger leiden, zu halbieren. In der Millenniumserklärung wird die Zahl der Hunger Leidenden mit 700 Millionen Menschen angegeben. Bis 2015 sollte die Hälfte davon vom Hunger befreit werden.

Letztes Jahr zog UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon eine positive Zwischenbilanz und sprach von Fortschritten bei der Umsetzung der Millenniumsziele, wobei der einen verstärkten Einsatz in der Bekämpfung

der Armut anmahnte. Aber die tatsächliche Entwicklung geht in die gegenteilige Richtung. Die Zahl der Hungernden hat laut Welternährungsbericht 2011 der UN-Organisation für Ernährungs- und Landwirtschaft (FAO) die Milliardenhöhe überschritten.

Im laufenden Jahr ist mit einer nochmaligen dramatischen Zunahme der Hunger Leidenden und Hungertoten zu rechnen. Dafür sorgt die Hungerspekulation. Die Spekulanten haben die Getreidepreise in den letzten Jahren massiv nach oben getrieben. In Ostafrika kosten Hirse und andere Getreide zwei bis viermal so viel wie vor einem Jahr. In Zentralamerika explodierten zeitweise die Preise für Bohnen. Trotz Stabilisierung des FAO-Food Price Index im laufenden Jahr bleiben die Preise nach dem steilen Anstieg in beiden Vorjahren extrem hoch.

Zwei Drittel der Hungernden sind Bauern. Die Bauern dieser Welt erfahren die Segnungen des Kapitalismus auf grausame Weise: Krieg, Vertreibung, Landraub, Zerstörung der natürlichen und gesellschaftlichen Existenzbedingungen für die einheimische Produktion und den kleinen Handel. Das agrarpolitische

Ziel der den imperialistischen Konzernen Agrochemie- und Lebensmittelkonzerne besteht darin sicherzustellen, dass auf dem ganzen Erdboden nicht ein Halm wachsen darf, an dem das Grosskapital nicht seine Herrschaftsrechte ausüben dürfte.

Viele Bauern sind mehr und mehr mit Ernteeinbrüchen konfrontiert, da sie die Erhöhung der Treibstoffpreise nicht verkraften können. Fruchtbarer Boden bleibt unbewässert, weil der Betrieb der Pumpe zu teuer ist. Fischerboote bleiben am Ufer wegen der hohen Preise für Schiffsdiesel.

Die UNO wird ihre Milleniumsziele verfehlen. Zu wichtig ist die Rolle des Hungers als unentbehrliches Rezept zur Profitsicherung und Machterhaltung des verfaulenden und parasitären Kapitalismus unserer Tage. Der Hunger ist nicht nur ein vorzügliches Spekulationsobjekt, sondern auch eine Waffe. Die Hungerwaffe reiht sich heute unter die bedrohlichsten Massenvernichtungswaffen im Arsenal der Imperialisten.

(17.10.2011/mh); Quelle:

http://kommunisten.ch/index.php?article_id=1053

ARBEITSZEIT - FLEXIBILISIERUNG DER ARBEITSKRÄFTE - 2011 -

Ein großer Teil der Lohnabhängigen muss regelmäßig abends, nachts oder am Wochenende arbeiten. 2009 arbeiteten 40 Prozent der Lohnabhängigen regelmäßig samstags. Dieser Wert lag 1995 noch bei 34 Prozent. Besonders bei Teilzeitbeschäftigten ist die Zunahme der Samstagarbeit ausgeprägt.

Bei der Sonntagsarbeit gibt es eine ähnliche Tendenz. Seit Mitte der 1990er-Jahre stieg der Anteil der Beschäftigten, die mindestens einmal pro Monat am Sonntag arbeiten, um fünf Prozentpunkte auf 22 Prozent.

Besonders abends wird heute mehr gearbeitet als 1995. Für die Zunahme atypischer Arbeitszeiten dürfte hier eine besondere Rolle spielen: die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten. »Von den Teilzeitbeschäftigten sind 22 Prozent regelmäßig zwischen 19 und 22 Uhr im Dienst. Anderthalb Jahrzehnte zuvor ging nur ein Zehntel der Teilzeitkräfte in den Abendstunden ihrer Erwerbsarbeit nach.«

Die Nachtarbeit hat bis 2005 zugenommen. »Seither stagniert die Quote der Beschäftigten, die sich regelmäßig zwischen 22 und 6 Uhr morgens ihr Brot verdienen müssen.« Das sind knapp 13 Prozent der Lohnabhängigen.

Insgesamt sind es häufiger Vollzeitbeschäftigte, die zu untypischen Zeiten arbeiten - auch wenn die Zunahme der Lohnarbeit mit geringer Stundenzahl seit 1995 ausgeprägter war. Nur bei der Samstagarbeit haben Teilzeitarbeitskräfte die Vollzeitarbeitskräfte inzwischen überholt.

Männer waren häufiger außerhalb der Normalarbeitszeit berufstätig. Die Unterschiede zwischen den Frauen und Männern bei der Samstag- und Sonn-

tagsarbeit haben sich stark verringert. Bei der Abend- und Nachtarbeit sind Frauen halb so häufig im beruflichen Arbeitseinsatz wie Männer.

Mehrarbeit öfters ausbezahlt

Oder: Flexibilisierung der (Nicht-)Bezahlung?

Überstunden wurden ...

	1984	2008
<i>nicht abgegolten</i>	24,7 %	19,4 %
<i>abgefeiert</i>	36,1 %	10,5 %
<i>teils-teils</i>	28 %	48,5 %
<i>bezahlt</i>	11,3 %	21,6 %

Beim **Ausgleich für Überstunden** geht der Trend zu **Mischformen**, die sowohl das "Abfeiern" der Arbeitsleistung als auch die Bezahlung ermöglichen.

»Am häufigsten mit untypischen Arbeitszeiten konfrontiert sind Beschäftigte in der Gastronomie. Besonders abends und nachts müssen viele Menschen im Transportgewerbe oder der Industrie arbeiten. Auch in der Gesundheitsbranche gehen die Arbeitszeiten häufig über nine to five hinaus.«

Quelle vgl.: Hans Böckler Stiftung. BöcklerImpuls 14/2011. Arbeitszeit. Fast ein Drittel arbeitet abends.

http://www.boeckler.de/impuls_2011_14_7.pdf

07.10.2011, Reinhold Schramm

IMPERIALISTISCHER KRIEG

Erklärung des Deutschen Freidenker-Verbands:

SOLIDARITÄT MIT DEM LIBYSCHEN VOLK!

Der Lynchmord an Muammar Gaddafi, des Führers eines souveränen Staates, durch die NATO-Verantwortlichen, zeigt ebenso sowie die von ihnen am libyschen Volk begangenen völkerrechtlichen Verbrechen und die durch sie organisierte moralische Lähmung der westlichen Öffentlichkeit mit den Mitteln einer totalitären Lügenpropaganda, dass wir in einer Zeit des fortschreitenden Verfalls errungen geglaubter zivilisatorischer Maßstäbe leben.

Großbritannien, Frankreich, die USA und die NATO wollten angeblich die Zivilbevölkerung schützen – ihre Bomben haben Krankenhäuser, Schulen, ganze Städte in Schutt und Asche gelegt. Über 60.000 Menschen hat der 'Schutz' schon das Leben gekostet.

Für alle, die Mitgefühl und einen Sinn für Gerechtigkeit bewahrt haben, sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, unzweideutig Partei für das libysche Volk und gegen die Aggressoren zu ergreifen – auch nach der Ermordung Gaddafis. Genau dies versuchen die Kriegstreiber und Mainstream-Medien zu verhindern.

Die NATO-Aggression dient dem Roll back des ‚arabischen Frühlings‘, der erneuten Versklavung Nordafrikas und Verhinderung afrikanischer Unabhängigkeit, insbesondere einer von Weltbank und IWF unabhängigen Afrikanischen Entwicklungsbank mit der Gold-Lyra als Leitwährung, die Dollar und Euro vom Öl-Geschäft abgekoppelt hätte. Von Libyens Öl sollen die Multis einen höheren, die Bevölkerung einen niedrigeren Anteil enthalten, die Goldreserven von

LIBYEN: ZEUGNISSE

Die Anzahl der Bilddokumente, die das Geschehen in Libyen dokumentieren und beurteilen, gehen in die hunderte. Es sind Zeugnisse von unvorstellbarer Zerstörung, aber auch die eines Widerstands, wie es ihn nach imperialistischer Lesart nicht gibt bzw. geben dürfte. Letztere finden sich z.B. auf den YouTube-Kanälen von [Chris Sedlmair](#) und [InomineX](#), dort jeweils verlinkt mit zahlreichen weiteren. Doch auch eine Anzahl unzumutbar brutaler Filme der NATO-Contras ist im Netz zu finden, selbst gefilmt durch die „Freiheitskämpfer“ von Rasmussens Gnaden. Doch nein: Wir werden an dieser Stelle nicht den uns vor-

mindestens 150 Milliarden Euro sind in der Wirtschaftskrise willkommen und ihre 200 Milliarden Euro Schulden wollen EU und USA an Libyen auch nicht zurückzahlen. Weitere Kriege wie gegen den Iran sind in Vorbereitung – die Einkreisung Russlands und Chinas geht weiter.

Der Deutsche Freidenker-Verband appelliert an alle rechtlich denkenden Menschen: Leistet Widerstand gegen die Zerstörung von Vernunft und Zivilisation. Es geht heute mehr denn je darum, die Geltung des Rechts der Völker, die demokratischen Grundrechte, die Mindeststandards öffentlicher Berichterstattung und die moralischen Werte des menschlichen Fortschritts zu verteidigen. Die daraus folgenden aktuellen Forderungen können nur lauten: Die Wahrheit über diesen verbrecherischen Krieg verbreiten - Solidarität mit dem Libyschen Volk! Die NATO-Kriegsverbrecher zur Rechenschaft ziehen - Aus der NATO austreten! Der Gehirnwäsche widerstehen! Aufklärung aktiv unterstützen – Mitglied bei den Freidenkern werden!

Deutscher Freidenker-Verband e.V.



QUELLE: <http://www.freidenker.org/cms/dfv/>

liegenden Filmlink einfügen, wo gezeigt wird, wie einem gefesselten kriegsgefangenen Gaddafi-Kämpfer mit einem Messer der Kopf abgeschnitten wird. Es genügt festzustellen: Diese „Rebellen“ sind gewöhnliche Verbrecher und Mörder.

An dieser Stelle werden wir uns auf einzelne Filme beschränken:

Libya and Imperialism:

Dan Glazebrook, Lizzie Phelan, Harpal Brar

<http://www.youtube.com/user/InomineX#p/a/f/1/J3SU9qUAKSg>



KI-TV AKTUELL:

Libyen: NATO-Morde in Sirte

www.youtube.com/user/KITVAktuell#p/a/u/0/IHS3L6k84LA

IMPERIALISTISCHER WELTKRIEG FÜR 'FREIHEIT', DEMOKRATIE' UND 'MENSCHENRECHTE'?

Libyens "Kollateralschäden" waren auch ein Bombengeschäft für Rüstungskonzerne und Kriessaktionäre!

Der Luftkrieg gegen veraltete militärische technische Einrichtungen Libyens war auch eine Waffenshow für Rüstungskonzerne. Mehrere neue Waffensysteme, darunter der "Eurofighter", wurden erstmals im Kampfeinsatz - ohne nennenswerte Gegenwehr - vorgeführt.

Auch das US-Militär und die US-Rüstungsindustrie schickten drei neue Waffensysteme in den Libyen-Einsatz: Den Kampfjet EA-18 G "Growler", das Lenkwaffen-U-Boot "USS Florida" und eine neue Version des "Tomahawk"-Marschflugkörpers.

»Die "Growler" ist eine auf elektronische Kampfführung spezialisierte Variante des Mehrzweckkampffjets F/A-18 "Super Hornet". Sie kann feindliche Radaranlagen und Kommunikationssysteme stören und Flugabwehranlagen mit Raketen beschießen.« -

»Die "USS Florida" ist das erste Exemplar einer neuen Klasse atomgetriebener Lenkwaffen-U-Boote, die sogenannten SSGN {...}. Wie ihre Schwesterboote

"Ohio", "Michigan" und "Georgia" war die "Florida" zunächst mit 24 ballistischen "Trident"-Atomraketen bewaffnet. In den vergangenen Jahren wurden 22 der 24 "Trident"-Startrohre mit bis zu 154 der wesentlich kleineren "Tomahawk" - Marschflugkörper bestückt. Aus den restlichen zwei Startrohren können Spezialeinheiten oder ferngesteuerte Tauchroboter das U-Boot verlassen.«

»Die "Florida" gehörte zu den drei U-Booten und zwei Zerstörern, die Marschflugkörper auf libysche Flugabwehrstellungen und Kommandozentren abgefeuert haben.«

Erstmals kam die neue Block-IV-Version des "Tomahawk"-Marschflugkörpers zum Einsatz. Die »R/UGM-109E "Tactical Tomahawk" kann während ihres Flugs auf eines von 16 gespeicherten Zielen umprogrammiert werden, Sensordaten zur Kommandozentrale zurückschicken und vor ihrem Einschlag stundenlang über dem Zielgebiet kreisen.« [Dabei gibt es

für das 'zivile' und militärische Personal der Kommandozentrale - aus sicherer Entfernung - keinerlei Gefährdung durch den technologisch weit unterlegenen Gegner, wie im realen Nato-Trainingsfall 'mit' bzw. gegen Libyen.]

Rüstungs- und Kriegsexperten gehen davon aus, dass der "Libyen-Konflikt" ein Test für die neue "Tomahawk" war. Gegen die libysche Flugabwehr, die seit Jahrzehnten nicht modernisiert wurde, hätten

auch ältere Versionen im Einsatz genügt, heißt es im Spiegel-Bericht. [1]

[Ein modifizierter Auszug.]

Quelle vgl.: Spiegel-Online, 25.03.2011.
Nato-Libyen-Einsatz. Das Bombengeschäft.
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/0,1518,753095,00.html>

27.10.2011, Reinhold Schramm

ANTIREVISIONISMUS

KKE-GENERALSEKRETÄR NIKOS ZACHARIADIS REHABILITIERT



Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) hat ihren historischen Parteiführer Nikolaos Zachariadis vollumfänglich rehabilitiert.¹ Am 2. Oktober fand in Athen eine Veranstaltung zu Ehren Zachariadis' statt. Eine Delegation des Zentralkomitees der KKE unter

der Leitung von Aleka Papatrifa legte einen Kranz am Grab von Zachariadis nieder. Anwesend war auch der Sohn des langjährigen KKE-Generalsekretärs. Aufgrund von jahrelangen Untersuchungen des Archivmaterials ist die KKE zum Schluss gekommen, dass Zachariadis ein kompromissloser Volksführer und Vertreter der Sache der Arbeiterklasse war, und dass die seinerzeit gegen ihn erhobenen Vorwürfe haltlos sind.

Zachariadis wurde 1903 in Edirne (Adrianopel) geboren. In Istanbul schloss er sich der KP der Türkei an. Nach Studien an der Kommunistischen Universität für die Arbeiter des Ostens in Moskau ging er 1924 nach Griechenland, arbeitete in der Leitung der Kommunistischen Jugendorganisation und in der Partei. 1931 wurde er Sekretär der KKE und war 1935-1956 ihr Generalsekretär. In der Metaxas-Diktatur (1936-41) lebte Zachariadis als Gefangener in Arbeitslagern. 1941 wurde er den deutschen Besatzern ausgeliefert und von der Gestapo ins Konzentrationslager Dachau gebracht, von wo er im Mai 1945 zurückkehrte. Im Abkommen von Variza (12.2.45) hatte die zwischenzeitlich von Georgios Siantos geführte KKE in die einseitige Entwaffnung der Griechischen Volksbefreiungsarmee ELAS eingewilligt, die bis Herbst 1944 etwa 90 Prozent des Landes von den deutschen Besatzern befreit hatte. Zachariadis kritisierte dieses Abkommen als Kapitulation vor den monarchofaschistischen Kräften und den Engländern. Die Eng-

länder liessen den faschistischen Todesschwadronen freie Bahn zur Verfolgung der entwaffneten Demokraten.

Nach der Niederlage im Griechischen Bürgerkrieg (1946-49) emigrierte Zachariadis in die Sowjetunion, wo sich eine grosse griechische Kolonie bildete. Kurz nach Stalins Tod begann die Chruschtschow/Mikojan-Clique, massiven Druck auf die KKE auszuüben, die sich in der Sowjetunion reorganisiert hatte. Die Chruschtschowianer verlangten von Zachariadis vor allem drei Dinge: (1.) die Anerkennung Tito-Jugoslawiens als sozialistischer Staat, (2.) die Abfassung von Prawda-Artikeln zur Verurteilung des sogenannten Personenkultes, (3.) die Zustimmung zur Auflösung der Kominform. Zachariadis lehnte in allen Punkten ab. An einem Treffen der Parteikader in Taschkent rief er aus: "Genossen, verschiedene Redner haben Gen. Demetriou angegriffen und betrachten diesen mehr oder weniger als Führer der Revisionisten. Aber Demetriou ist bloss das Schwanzende eines schlecht verborgenen Elefants. Unsere ernste und historische Aufgabe ist es, an diesem Schwanz zu ziehen, damit die ganze Welt den Elefanten sieht: Chruschtschow."

Im September 1955 schlug die revisionistische Führung der Sowjetunion gegen die KKE zu. [...]

Am 20. Parteitag der KPdSU ließ Chruschtschow eine "Internationale Kommission" aus Vertretern der Kommunistischen Parteien Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei einsetzen, angeblich um die Spannungen innerhalb der KKE zu lösen. Dieser Kommission gelang es, einen Kongress von willfährigen Griechen (darunter ausgeschlossene KKE-Mitglieder) einberufen und diesen im Namen der KKE die Absetzung von Zachariadis beschliessen zu lassen. Die aus diesem Putsch hervorgegangene KKE-Führung übernahm die revisionistischen Thesen des 20. Parteitags der KPdSU und schloss Tausende von widerspenstigen Genossen aus der Partei aus. Zachariadis wurde

als Parteifeind, Agent des Imperialismus und Anti-Internationalist hingestellt, der die Grundsätze der innerparteilichen Demokratie verletzt habe. Um sich gegen die Vorwürfe zu wehren, versuchte Zachariadis in den 1960er Jahren, aus der Sowjetunion auszureisen, wurde aber gewaltsam dort festgehalten und nach Sibirien verbannt, wo er 1973 unter ungeklärten Umständen starb. Eine Kurzmeldung der Nachrichtenagentur TASS sprach von einem Selbstmord.

Der von Nikos Zachariadis geführten KP Griechenlands gebührt das Verdienst, sich als erste kommunistische Partei offen gegen den Chruschtschow-

Revisionismus gestellt zu haben. Ebenso wie andere internationale Parteiführer (Gottwald, Bierut, Thorez und Togliatti)² hatte Zachariadis für seine Haltung einen hohen Preis zu bezahlen.

(6.10.2011/mh)

¹ siehe: [Communist Party of Greece – Event concerning the rehabilitation of Nikos Zachariadis](#) (3.10.2011)

² Kurt Gosswiler, *Die Taubenfußchronik oder Die Chruschtschowiade 1953 bis 1964*, Bd.1, S. 381-383

QUELLE: kommunisten.ch/index.php?article_id=1049

KP GRIECHENLANDS EHRT DEN LEGENDÄREN PARTISANENFÜHRER ARIS VELOUCHIOTIS

Eine Woche nach der Rehabilitierung ihres historischen Parteiführers Nikos Zachariadis hat die kommunistische Partei Griechenlands (KKE) am Sonntag, 9. Oktober 2011 auch dem legendären ersten Kapitän der ELAS, Aris Velouchiotis, die gleiche Ehre getan. Im Beisein von KKE-Generalsekretärin Aleka Papariga wurde die historische Rolle des Partisanenführers gewürdigt. Nach umfangreichen Abklärungen ist die KKE zum Entscheid gelangt, ihn ebenfalls zu rehabilitieren.

Velouchiotis (bürgerlicher Name: Thanassis Kláras) wurde 1905 in Lamia geboren. Er schloss sich jung der KKE an und wurde in der Metaxas-Diktatur mehrmals inhaftiert. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte er in der griechischen Armee gegen Mussolinis Armee. Nach der deutschen Besetzung 1941 organisierte Velouchiotis im Auftrag der KKE die Griechische Volksbefreiungsarmee ELAS (Ελληνικός Λαϊκός Απελευθερωτικός Στρατός), die als bewaffneter Arm der im September 1941 gegründeten Nationalen Befreiungsfront EAM (Εθνικό Απελευθερωτικό Μέτωπο) ab 1942 den Partisanenkampf gegen die Besatzer aufnahm. Bis Oktober 1944 befreite die ELAS rund 90 Prozent des Landes von den Deutschen. [...]

Um der Aufrichtung eines demokratischen Regimes in Griechenland zuvorzukommen, schickte der englische Premierminister Churchill im gleichen Oktober starke Truppenverbände, die er von der italienischen Front gegen die Deutschen abzog, nach Griechenland. Nach monatelangen Kämpfen, bei denen die Briten nicht vor der Bombardierung Athens zurück-

schreckten, kam es im Februar 1945 zur Unterzeichnung des Abkommens von Variza, worin sich das demokratische Lager verpflichtete, die Waffen abzugeben und das Gewaltmonopol der anderen Seite zu akzeptieren. [...]

Aris war gegen die Vereinbarung von Varkiza und die Ablieferung der Waffen. Er widersetzte sich der Politik der KKE und setzte den bewaffneten Kampf fort, in dem er im Juni des gleichen Jahres fiel. (Von der bürgerlichen Armee umzingelt, brachte er sich durch eigene Hand um.) Die KKE hebt hervor, dass Velouchiotis der Demokratischen Armee in den darauf folgenden Jahren des Griechischen Bürgerkriegs (1946-49) grosse Dienste hätte erweisen können, wenn er (sich der Parteidisziplin gefügt hätte und) am Leben geblieben wäre. In der Frage der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes hat sich die Haltung von Aris Velouchiotis als richtig herausgestellt, was die KP Griechenlands heute nicht zum erstenmal ausspricht.



(13.10.2011/mh) Hauptquelle: KKE – Event on the Political Rehabilitation of Aris Velouchiotis
Quelle: www.kommunisten.ch

SOLIDARITÄT

ETA: BEWAFFNETER KAMPF DEFINITIV EINGESTELLT

Historische Entscheidung der ETA eröffnet neuen politischen Spielraum

Die Untergrundorganisation Euskadi Ta Askatasuna (ETA, Baskenland und Freiheit) hat am 20. Oktober

2011 „die definitive Einstellung des bewaffneten Kampfes“ verkündet. Sie kommt damit den Forderungen

gen internationaler Konfliktvermittler und der linken Unabhängigkeitsbewegung nach. Letztere, die immer noch um ihre Legalisierung als Partei kämpfen muss, forderte Madrid und Paris auf, „ohne Verzögerung und mit Weitsicht auf diese historische Möglichkeit, die sich eröffnet hat“, zu reagieren. Baskische Medien bezeichneten die Erklärung als „historisch“, während das politische Madrid weiterhin die Selbstauflösung der Organisation fordert.

Tatsächlich stellt die Entscheidung einen Meilenstein in der Geschichte der ETA dar: 53 Jahre nach ihrer Gründung (1958) und 43 Jahre (1968) nach dem Übergang zum bewaffneten Kampf beschließt sie diesen wieder einzustellen. Ihr Ziel, ein unabhängiges und sozialistisches Baskenland, will sie jetzt auf politischem Wege erkämpfen.

Dabei kann sie auf die facettenreiche linke Unabhängigkeitsbewegung zählen. Diese brachte am 22. Oktober 2011 etwa 49 000 Menschen auf die Straße, die für eine politische Lösung des Konflikts mit Mad-

rid und Paris demonstrierten. Die Massenmobilisierungen ist ein Hauptpfeiler ihrer neuen Strategie, die Einbindung der internationalen Gemeinschaft ein weiterer.

Letztere hat ihren Teil dazu beigetragen, damit die ETA sich zu diesen weitreichenden Schritten entschlossen hat.

Zuletzt hatte der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan der Internationalen Konferenz zur Förderung einer Lösung des Konflikts im Baskenland Mitte Oktober vorgesessen. Diese forderte die ETA auf, den bewaffneten Kampf einzustellen. Madrid und Paris sollten Gespräche mit der Organisation aufnehmen.

Die spanischen Parteien weigern sich, entsprechende Schritte vor den Parlamentswahlen am 20. November 2011 zu unternehmen.

INGO NIEBEL, in: GEHEIM Nr.3/2004, S.4



UNTERSTÜTZEN WIR CUBA BEI SEINER FORDERUNG NACH GERECHTIGKEIT

Die Terrorakte gegen Cuba haben mehr als 3 000 Menschenleben gefordert und hatten Verletzungen und Behinderungen bei mehr als 2 000 unschuldigen Menschen zur Folge. Allgemein bekannte Verbrecher, Verursacher oder Täter von Attentaten, Morden und Sabotageakten, leben heute frei in Florida. Fünf junge Cubaner, die in Verteidigung ihres Landes die aggressivsten terroristischen Organisationen beobachteten, die unter absoluter Straffreiheit vom US-Territorium aus operieren konnten, wurden 1998 in Miami festgenommen und in dieser Stadt zu übermäßigen Gefängnisstrafen verurteilt, in einem unfairen Gerichtsverfahren und unter dem Druck und der Feindseligkeit von Pressemedien, die aus Bundesmitteln bezahlt wurden. René González, der als erster

der Fünf seine ungerechte Strafe verbüßt hatte, muß nach seiner Entlassung, anstatt in sein Heimatland und zu seiner Familie zurückzukehren, drei Jahre lang unter ?überwachter Freiheit? in den USA bleiben. Wir, die Unterzeichnenden, fordern von der Regierung der Vereinigten Staaten die sofortige Rückkehr von René González in sein Heimatland und die Freilassung von Gerardo Hernández, Ramón Labañino, Antonio Guerrero und Fernando González.

QUELLE:

liberenlos5.org/index.php?lang=2&declara=17#

hier unterzeichnen:

www.liberenlos5.org/index.php?cont=registro&lang=2&declara=17

FIDEL CASTRO:

DIE NATO IN DER VÖLKERMORD-ROLLE

REFLEXIONES DE FIDEL (vier Teile)



Jenes brutale Bündnis ist zum verräterischsten Repressionsinstrument geworden, das die Menschengeschichte je kennen gelernt hat.

Die NATO hat diese globale Unterdrückungsrolle übernommen, sobald die

UdSSR, die den Vereinigten Staaten zu ihrer Gründung als Vorwand gedient hat, ihre Existenz aufgegeben hatte. Ihre kriminelle Absicht wurde schon in

Serbien offensichtlich, einem Land slawischen Ursprungs, dessen Volk im Zweiten Weltkrieg so heroisch gegen die Nazi-Truppen gekämpft hat.

Als die Länder jener unheilvollen Organisation im März 1999, in ihren Bemühungen zur Desintegration von Jugoslawien nach dem Tod von Josip Broz Tito, ihre Truppen zur Unterstützung der Sezessionisten von Kosovo entsandt haben, stießen sie auf starken Widerstand jener Nation, deren erfahrene Streitkräfte intakt waren.

Die Yankee-Regierung griff auf Anraten der rechtsgerichteten spanischen Regierung von José María Az-

nar die Fernsehsender von Serbien an, die Brücken über die Donau und Belgrad, die Hauptstadt jenes Landes. Die Botschaft der Volksrepublik China wurde durch die Bomben der Yankees zerstört, mehrere der Beamten kamen um, und ein Irrtum – wie von den Autoren behauptet wurde – war unmöglich gewesen. Zahlreiche serbische Patrioten verloren ihr Leben. [...]

Vor ungefähr acht Monaten, am 21. Februar dieses Jahres, habe ich voller Gewissheit Folgendes behauptet: „Der Plan der Nato besteht darin, Libyen zu besetzen“. Unter diesem Titel habe ich zum ersten

Mal dieses Thema in einer Reflexion angeschnitten, deren Inhalt ein Produkt der Fantasie schien.

Jetzt wiederhole ich hier jene Einschätzungen, die mich zu jener Schlussfolgerung geführt haben.

„Das Erdöl wurde zum hauptsächlichlichen Reichtum in den Händen der großen transnationalen US-Unternehmen; mit dieser Energiequelle haben sie über ein Instrument verfügt, das ihre politische Macht auf der Welt deutlich erhöhte.“ [...]

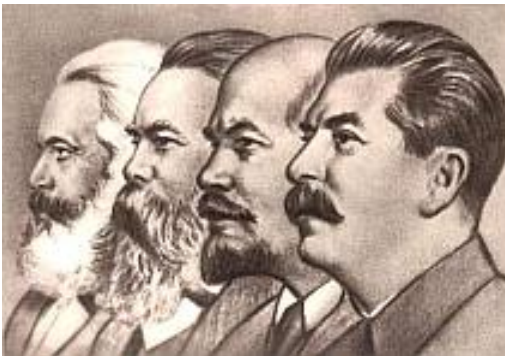
QUELLE:

<http://de.cubadebate.cu/kategorie/reflexionen-fidel/>

VERANSTALTUNGEN UND TERMINE DER FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BRD-KUBA:

<http://www.fgbrdkuba.de/termine/kalender.html>

BILDUNG



DER HUMANISTISCHE CHARAKTER DER MARXISTISCHEN LEHRE VOM KLASSENKAMPF

Oder: Was Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik wussten. Aber der imperialistische Wohlstand in den Phrasen von 'Freiheit', 'Demokratie' und 'Menschenrechte', der Konsumismus und Opportunismus, waren stärker. [Feststellung, keine 'Klage']

»Der kapitalistische Staat und die bürgerliche Demokratie sind ihrem Wesen nach immer das eine: Diktatur der Bourgeoisie.« (Aus: "Politisches Grundwissen")*

»Im Mittelpunkt der marxistisch-leninistischen Lehre von der Gesellschaft steht der Mensch. Die radikale Beseitigung aller Umstände, unter denen der Mensch ein geknechtetes und ausgebeutetes, ein niedergedrücktes und gequältes Wesen ist, die Befreiung des Menschen und die Entfaltung seiner schöpferischen Kräfte und Fähigkeiten, seiner Würde und Schönheit in einer freien Gesellschaft - das ist das zutiefst humane Ziel der Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Kommunismus.«

»Die Frage nach den Bedingungen, unter denen Freiheit und Würde des Menschen verwirklicht werden können, hat nicht erst der Marxismus gestellt. Sie stand im Mittelpunkt der Überlegungen vieler großer Humanisten, die von den verschiedensten sozialen und weltanschaulichen Positionen aus ehrlich und aufrichtig nach Wegen suchten, wie der Mensch wirk-

lich zum „Maß aller Dinge“ werden könne. Unter den Vertretern der großen Humanisten unserer Nation finden wir Namen wie Lessing, Goethe, Herder, Humboldt, Kant, Hegel, Fichte und Feuerbach, Namen und Werke, auf die wir Marxisten stolz sind, deren Anliegen in der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit wurde und eine feste Heimstatt fand.« [Anm.: Differenz zwischen ideologisch-politischen Anspruch und gesellschaftspolitischer Realität.]

»Aber der Humanismus, der dem Marxismus-Leninismus eigen ist, stellt etwas völlig Neues dar. Er ist *praktischer Humanismus*. Er geht nicht von einem konstruierten Ideal des Menschen „an sich“ aus, er huldigt nicht einer abstrakten Liebe zu den Menschen, sondern er kämpft [!] für die wirklichen, lebendigen Menschen mit ihren Bedürfnissen und Eigenschaften, Ideen und Hoffnungen, so wie sie durch die jeweiligen sozialen und politischen Lebensverhältnisse bedingt sind. [!] **Der Marxismus lehrt, dass wahre Menschlichkeit nur dort Wirklichkeit wird, wo die Menschen befähigt werden, die Umstände**

menschlich zu gestalten, unter denen sie leben und wirken - und zwar als Glieder einer freien Gesellschaft, in der die Vervollkommnung der ganzen Gesellschaft die Entwicklung der Persönlichkeit jedes einzelnen bedingt. « [!]

»Was heißt es aber, die Bedürfnisse und Interessen der Menschen historisch-konkret, gemäß ihren sozialen und politischen Lebensbedingungen zu erkennen und zu verwirklichen? Das heißt, die Menschen als Angehörige bestimmter *Klassen* und ihre Interessen als *Klasseninteressen* zu begreifen. Wir stoßen hier auf die Frage nach dem Gegenstand der marxistisch-leninistischen Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf.«

»Wir begegneten dieser Frage bereits, als wir das Problem der Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung erörterten. Dabei stellten wir fest, **dass es kein „Gesetz an sich“ gibt**, nach dem sich die Entwicklung automatisch zum Sozialismus hin bewegt. Diese Bewegung resultiert vielmehr **aus dem Kampf der Klassen, die die Richtung des geschichtlichen Prozesses bestimmen und durchsetzen**, indem sie ihre objektiv bedingten, materiellen Lebensinteressen verfolgen.«

»Das Wesen der gesellschaftlichen Entwicklung besteht darin, dass **das historisch Notwendige** stets in Gestalt **der materiellen Lebensinteressen** der Menschen sichtbar wird [- persönlicher und/bzw. gesell-

schaftlicher "Konsumismus" ist damit nicht gemeint -]. Solange die Menschen ihrer konkreten sozialen Lage nach unterschiedlichen Klassen angehören, muss daher das geschichtlich Notwendige als Klasseninteresse erkannt werden. **In den antagonistischen Gesellschaftsordnungen** [- es gibt international keine andere Gesellschaftsformation -] **muss es im Klassenkampf gegen den Widerstand der Klassenkräfte, die sich an die überlebten Verhältnisse klammern, bis zur Beseitigung dieser Verhältnisse selbst durchgesetzt werden.**«

»Die marxistisch-leninistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf ist untrennbarer Bestandteil unserer humanistischen, **streitbaren Weltanschauung**, des Marxismus-Leninismus. **Sie dient der Befähigung der Arbeiterklasse** und ihrer Verbündeten zum Kampf für die Überwindung der unumschlichen, zugleich letzten und mächtigsten Ausbeuterordnung und für die Errichtung der neuen, der kommunistischen Ordnung, in der der arbeitende Mensch mit seinen Bedürfnissen und seiner allseitigen Entwicklung zum Maß aller Dinge wird.«

Quelle: Politisches Grundwissen. Dietz Verlag Berlin 1972. Vgl.: 4. Der humanistische Charakter der marxistisch-leninistischen Lehre vom Klassenkampf, S. 170-172. *

08.10.2011, Reinhold Schramm (Bereitstellung)

LITERATUREMPFEHLUNGEN

GEHEIM NR. 3/2011

Aus der GEHEIM-Redaktion:

GEHEIM

Nr. 3/2011 24. Oktober 2011 4,30 Euro

GEHEIM-Dossier

Syrien - „Humanitärer Krieg“?	13
Syrien - Destabilisierung	17
Libyen - Lektionen für ALBA	19
Mosad - Ein Auge David	20
BND - Puffacher Nebelkerzen	22

In der Festung Europa

Deutschland - Realistischer Bundeswehr	4
Frankreich - ETA beendet bewaffneten Kampf	4
Deutschland - Bundespolizei	5
Big Brother - 18	6
Deutschland - Datenschutz-Petition	8
Deutschland - Hilfe zur Selbsthilfe	9
Deutschland - Sonderrechte für Berliner Polizei?	11
Nachruf - Freddy Hülzin	12

Vor der Festung Europa

UND - Neuer Militarismus	23
Venezuela - Oppositionelle	25
Diktatorspiele	25

Agent des Quartals

Söldner - Hände des Krieges	28
GEHEIM-Imprimatur	2
Aus der GEHEIM-Redaktion	3
Ausgewertet	10
Wolfgang Hanes special	25
Namig Names	27

Nach Libyen folgt Syrien



Destabilisierungsmethoden und Kriegspläne des Westens gegen Damaskus

Die Erkenntnis, dass Kuscheln mit dem Imperialismus nicht vor Mord schützt, musste Libyens Staatspräsident Muammar al Gaddafi am 20. Oktober 2011 mit dem eigenen Leben bezahlen. Syriens Präsident Baschar al Assad und sein iranischer Amtskollege Mahmut Achmadinedschad können daraus nur einen Schluss ziehen: Alles oder nichts! Ob sich diese Einsicht auch bei jenen Kreisen im Iran durchsetzt, die hoffen, mit den USA und der EU zu einem Agreement zu kommen, bleibt abzuwarten. Sie sind bereit, für einen falschen „Frieden“ mit den selbst ernannten Herren der Welt in Washington, London, Berlin und Paris, nicht nur Achmadinedschad und andere sogenannte „Hardliner“ zu opfern, sondern auch die Kooperation mit den ALBA-Staaten in Lateinamerika. Vielleicht lassen sie ja die diversen Videos von der Gefangennahme Gaddafis, seiner Misshandlung und das Zeigen seines Leichnams zur Raison kommen. Auch ihnen wird dieses Schicksal widerfahren, wenn der westliche Imperialismus zum Zug kommt.

Möglich, dass der neue CIA-Chef David Petraeus mit dem Ausgang der NATO-Operation zufrieden ist, beweist sie doch, dass sein neues Militärkonzept funktioniert: Der Westen stellt die Hardware für den „Regime Change“, das auserkorene Land die Software, sprich das Kanonenfutter. Und trotzdem ist es ein verlorener Sieg für den Westen: Gaddafi starb im muslimischen Sinne als „Märtyrer“, da er kämpfend in die Hände der sogenannten „Rebellen“ fiel. Dass diese nur durch einen Luftangriff von NATO-Jets, und diese wahrscheinlich erst unter Rückgriff auf BND-Informationen seiner habhaft wurden, lässt die hiesige Presse unberücksichtigt. Ebenso wenig liest und sieht man hierzulande darüber, wie brutal und menschenverachtend die „Rebellen“ mit ihren Gefangenen umgehen. Der GEHEIMRedaktion liegt ein Video vor, das zeigt, wie die „Freiheitskämpfer“ gefangene Gaddafi-Anhänger unter Schlägen zwingen, einen toten Hundekopf tief und innig zu küssen. Danach müssen sie weiter auf den Knien zu einem Tisch rutschen, wo sie mit dem rohen Fleisch des Tierkadavers abgespeist werden.

Die NATO hat Libyen auf den Hund gebracht. Mit Spannung darf man erwarten, in welcher Form die

neuen Herrschenden dann die Scharia auslegen werden, die dem „neuen Libyen“ als Grundgesetz dienen wird. Noch spannender dürfte es werden zu beobachten, wie der Westen auf dieser schiefen Ebene seine Interpretation von „Demokratie“ und „Freiheit“ verankern will. Und die deutschen Parteienstiftungen können ja schon mal den Spagat üben zwischen Burka und McDonald's.

Erfahrungsgemäß braucht es einige Monate, bis sich die Menschen in Libyen bewusst werden, wie gut sie unter Gaddafi lebten und wie schlecht es sich in der Steinzeit des 21. Jahrhunderts darben lässt. Spätestens dann werden sich die Bilder vom „toten Diktator“ zum „Märtyrer“ wandeln. In der Zwischenzeit drohen dem Land und seiner Gesellschaft somalische Verhältnisse.

Das Exempel, das die NATO in Libyen statuiert hat, dürfte auch den ALBA-Staaten als Warnung gereichen, denn es lässt ihnen nur die Wahl zwischen „Sozialismus oder Barbarei“...

BESTELLUNGEN:

abo-probeexemplar@geheim-magazin.de

OFFENSIV 6/2011

- Inhaltsverzeichnis nächste Seite -

Redaktionsnotiz:

Wir legen Euch hiermit ein Heft vor, das sich thematisch vor allem auf die Themen der imperialistischen Aggression und der innerimperialistischen Konkurrenz konzentriert. Natürlich ist in diesem Zusammenhang auch ein Blick auf die Kräfte des Widerstands zu werfen. Und so gibt es eine Mischung von Artikeln zu Griechenland, Italien, zu Faschisierungsprozessen in Europa, zum Antifaschismus in der BRD (Dresden, Gießen, Dortmund), zur Geschichte der deutschen Bourgeoisie, zur Partei Die Linke, zur DKP und zur Kommunistischen Initiative.

Ein Wort zum Artikel über die Geschichte der Bourgeoisie: wir mussten diesen Artikel wegen seiner Länge und den damit verursachten Platzproblemen teilen. In diesem Heft bringen wir den 1. Teil (von den Bauernkriegen bis zur Reichsgründung), in der November-Dezember-Ausgabe wird der 2. Teil erscheinen, der das Kaiserreich, die Weimarer Republik, den Hitlerfaschismus und den II. Weltkrieg sowie die Entwicklungen Nachkriegsdeutschlands umfasst.

Und eine zweite Bemerkung ist wichtig: wir drucken vor der Kritik Kurt Gossweilers an dem DKP-Machwerk „Stalin – Du warst der Verräter“ selbiges ab. Das soll nicht als Äquidistanz aufgefasst werden. Wir tun dies nur, damit unsere Leserinnen und Leser verstehen, um was es geht und auf was sich Kurt Gossweiler bezieht.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen über Finanzen sprechen und da gibt es nicht viel drumherum zu reden: Der Spendeneingang ist im Sommer recht spärlich gewesen, so dass wir zur Finanzierung dieser Ausgabe bereits gezwungen sind, an unsere Rücklagen zu gehen. Noch haben wir Rücklagen, aber auch die sind endlich. Deshalb unser eindringlicher Aufruf vor allem an diejenigen, die uns in diesem Jahr noch nicht mit einer Spende geholfen haben:

Bitte unterstützt uns, die Zeitschrift **offen-siv** muss weiter erscheinen können, der **Anti-Revisionismus** muss gesichert sein, viele Informationen, Analysen und Einschätzungen, die wir liefern, gibt es woanders nicht.

Für die Redaktion: Frank Flegel

Spendenkonto Offensiv: Konto Frank Flegel, Kt.Nr.: 30 90 180 146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80, Kennwort: Offensiv

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

6/2011

Herausgeber: Verein zur Förderung demokratischer Publizistik (e.V.)

Spendenempfehlung: 3,00 €

Redaktionsnotiz.....	3
Europäische Union und deutscher Imperialismus.....	4
<i>Lord Ponsonby</i> : Prinzipien der Kriegspropaganda.....	4
<i>Stefan Marx</i> : Geschichte der deutschen Bourgeoisie von den Bauernkriegen bis heute.....	4
<i>Hermann Jacobs</i> : Griechenland und der europäische Imperialismus.....	21
<i>Monika Voigt</i> : Die Abwicklung des Staatseigentums Griechenlands nach dem Vorbild der Treuhandanstalt-Abwicklung des Volkseigentums der DDR.....	25
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Wie die Gewerkschaftseinheit in Italien zerschlagen wurde.....	28
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Machtvoller Generalstreik in Italien.....	29
Nachrichten aus dem Niedergang.....	35
<i>Michael Opperskalski, Frank Flegel</i> : Der Niedergang reißt Grundprinzipien in den Abgrund.....	35
Antifa.....	42
<i>Brigitte Kabbeck</i> : Die Sozialdemokratie wurde ihrer historischen Verraterrolle mal wieder gerecht.....	42
<i>Torsten Reichelt</i> : Faschisten-Profaschisten-Gleichgültige-Antifaschisten- Antikapitalisten-Kommunisten; oder: antifaschistische Bündnispolitik.....	45
<i>Luca und Carsten</i> : Dortmund stellt sich quer!.....	52
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Und die EU schaut zu -Faschisierungsprozesse in Europa.....	56
Stadtteilarbeit der KI.....	65
<i>KI NRW/Phil Ramcke</i> : Auf dem richtigen Weg - von der spontanen Aktion einer neuen Gruppe bis zur systematischen Stadtteilarbeit.....	65
Neues von der Linkspartei.....	74
<i>Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Regionalgruppe Essen</i> : Presseerklärung - Das Schweigen der PDL-Führung.....	74
Nachtrag zur Presseerklärung.....	75
<i>Hermann Jacobs</i> : Noch einmal: Zum besseren Verständnis der theoretischen Position von Sahra Wagenknecht.....	76
DKP.....	80
<i>DKP-Leipzig</i> : Offener Brief der DKP-Parteigruppe Leipzig an die Mitglieder unserer Partei.....	80
<i>hth (.kommunisten.eu)</i> : Josef Stalin - der Verräter warst Du.....	84
<i>Kurt Gossweiler</i> : Quo vadis, DKP ?.....	92

MIT KOMMUNISTISCHEM GRUß,
STEFAN UND MARTIN

www.kommunistische-initiative.de
kontakt@kommunistische-initiative.de